

Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Februar 2012

Nr. 02 · 8. Jahrgang

Links informiert

3 | *Ausblick 2012/
Leitbild 2020 entwickeln*

Waldstadt/Schlaatz

6–8 | *Brauhausberg/Am Brunnen/
Kaufhallenprobleme*

Antifa

11 | *Dresden: Nazis blockieren/
Erschreckende Statistik*

Freizeitgestaltung groß geschrieben

Fotoausstellung „Kinderspielplätze in der Waldstadt“ im BIWA-Treff eröffnet



Potsdam besitzt insgesamt 130 öffentliche Kinderspielplätze. Die meisten – zwölf an der Zahl – befinden sich in Potsdam Süd, speziell in der Waldstadt. Hervorzuheben ist, dass wie in einigen anderen Wohngebieten in der Waldstadt mit der Umsetzung

der Rahmenpläne für die Stadtentwicklung die bisher letztmalige umfangreiche Sanierung, Neugestaltung und Fertigstellung von Spielplätzen in einem bis dahin ungekannten Ausmaß im Zeitraum von 2003 bis 2009 vollzogen wurden.

All die anspruchsvollen Anlagen sind mit Einschränkung auch im Winter nutzbar und laden durch ihre Nähe zum Wald auch zu Wanderungen oder Spaziergängen der ganzen Familie in den angrenzenden Ravensbergen ein. In einer Fotoausstellung, die am

17. Januar im Treff der Bürgerinitiative Waldstadt eröffnet wurde, stellen Karl-Heinz Rothkirch und Ute Haugwitz (i. u. 2. v. r.) und weitere Helfer eine repräsentative Übersicht zusammen.

Foto: B. Martin

Internationales Jahr der Genossenschaften

2012 ist nicht nur das Jahr von „F II“, sondern - und das ist weitaus bedeutender für Potsdams Entwicklung - auch das Internationale Jahr der Genossenschaften. Die Weltgemeinschaft der Vereinten Nationen hat mit der Resolution vom 18. Dezember 2009 das Jahr 2012 zum genossenschaftlichen Ehrenjahr erklärt. Mit

der Entscheidung soll die weltweite Bedeutung von Genossenschaften betont und auf deren wirtschaftliche sowie soziale und gesellschaftliche Relevanz hingewiesen werden. Kreditgenossenschaften, ländliche und gewerbliche wie auch Wohnungsgenossenschaften stabilisieren regionale Wirtschaftskreisläufe und sorgen für

lokale Beschäftigung: Mit 7.500 genossenschaftlichen Unternehmen, über 20 Millionen Mitgliedern, 840.000 Beschäftigten und jährlich ca. 35.000 Ausbildungsplätzen sind die Genossenschaften in Deutschland ein bedeutender Wirtschaftsfaktor.

Auch in Potsdam sind genossenschaftliche Unternehmen ein Gewinn

für die Menschen der Stadt. Ein Datum steht für unsere Stadt fest: Zum 8. Potsdamer Genossenschaftstag werden am 8. September 2012 die Potsdamer Wohnungsgenossenschaften zu einer bunten Festveranstaltung auf den Alten Markt einladen.

red/sakraem

Auf ein Wort...

„Wem gehört eigentlich die Stadt?“

Von Juliane Lehmann

Kommt da etwa ein neues Thema auf die Agenda?

„Recht auf Stadt“, ein eigentlich altbekannter Slogan,

erlebt aufgrund der immer noch fortschreitenden Umstrukturierung in Potsdam eine Renaissance. Endlich bewegt sich wieder 'was!

Wäre das Thema kein so ernstes, würde ich mich persönlich mehr über die neue Bewegung freuen, da Themen wie „Kommunales Eigentum“ und „Soziale Wohnformen“ endlich wieder in die Gremienpolitik rutschen. Das, was fünf der Potsdamer Hausprojekte von der GEWOBA durch die Pacht-erhöhung zu spüren bekommen (und so auch ich als ein Teil von ihnen), ist etwas, was sich nicht von den Mieterhö- hungen in anderen Potsdamer Häusern trennen lässt.

Das ist eine gemeinsame Angelegenheit. Der Erhalt des Staudenhofs hat vorerst gezeigt, dass sich Engagement gegen die Vernichtung günstigen Wohnraums lohnt – und gemeinsam wohl noch wirksamer ist. Beim weiteren Kampf für Mietstopp und den Erhalt der Wohnprojekte lassen wir uns am besten nicht von Sprüchen der Sozialbeigeordneten Müller-Preinesberger entmutigen, wenn sie meint, wem Potsdams Mieten zu hoch sind, der solle doch nach Brandenburg/Havel ziehen. Ich denke, ich werde wohl in Potsdam bleiben und die GEWOBA

(Fortsetzung auf SEITE 2)

Sonnabend, 18.02.2012

Nazi- aufmarsch in Dresden stoppen!

DIE LINKE.Potsdam stellt einen Bus bereit. Wer in Dresden dabei sein will (Unkostenbeitrag: 5€), bitte bis zum 12.02.2012 melden!
E-mail: info@dielinke-potsdam.de

(siehe auch Seite 11)

Potsdam ehrt Karl und Rosa

Zum 93. Jahrestag ihrer Ermordung ehrten Potsdamer Genossen der Kreisparteiorganisation und Fraktion der Partei DIE LINKE, Mitglieder des DKP-Kreisvorstandes und BürgerInnen traditionell die Revolutionäre Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Vertreter der SPD, für die Karl Liebknecht immerhin im „Kaiser-Wahlkreis“ 1913



in den Reichstag gewählt wurde, fehlten auch in diesem Jahr.

Das erste Gedenken fand am Vormittag des 15. Januar in der Hegelallee statt – an dem Haus Nummer 38 (o.r.), in dem Potsdamer SPD-Genossen ihren Reichstagsabgeordneten Karl Liebknecht mit der Ablehnung der Kriegskredite im deutschen Parlament beauftragten. „Wir brauchen in der Stadt eine Gedenkkultur, die den Namen auch verdient“, betonte der stellvertretende Kreisvorsitzende der LINKEN, Günther Waschkuhn, mit Blick auf die Preußen-Renaissance. Am Abend des 15. Januar gedachten Mitglieder der „Ultras Babelsberg“ des Revolutionärs und Internationalisten vor den Mosaikwänden des ehemaligen Liebknecht-Forums im Neuen Lustgarten. Schließlich trägt das Hei-



matstadion der „SV Babelsberg 03“-Fans den Namen Karl Liebknechts.

Zur zweiten großen Ehrung trafen sich am 22. Januar 130 BürgerInnen ebenfalls am Denkmal „Herz und Flamme der Revolution“ im Lustgarten (i.u.).

(Fortsetzung von SEITE 1)

an ihren sozialen Auftrag erinnern.

Nun gut, ich freue mich jedenfalls auf ein konstruktives und kämpferisches Jahr, in dem wieder die Frage gestellt wird „Wem gehört eigentlich die Stadt?!“.

(Die Autorin ist Mitglied im Kreisvorstand der Partei DIE LINKE.Potsdam)

Rituelle Heuchelei bei der Rente erst ab 67

„Die Kritik von Andrea Nahles und Horst Seehofer an der Rente erst ab 67 ist restlos unglaubwürdig. Jahr für Jahr dieselbe rituelle Heuchelei: Erst wird vollmundig Widerstand gegen die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters angekündigt, dann wieder fleißig an der Durchsetzung der Rente erst ab 67 gearbeitet. Hätten die Abgeordneten von CDU, CSU und SPD diese Rentenkürzung per Gesetz wirklich verhindern wollen, hätten sie im Dezember im Bundestag dem Antrag der LINKEN zustimmen können“, erklärt Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. Birkwald weiter: „Die Forderung der Grünen, die Unternehmen sollten

mehr ältere Menschen beschäftigen, ist blauäugig. Dieser Appell wird kaum Gehör finden. Für fast alle Betroffenen wird die Rente erst ab 67 zu einer Rentenkürzung werden. Darum muss sie umgehend ausgesetzt und zurückgenommen werden. Was wir brauchen, ist mehr gute Arbeit, also sozialversicherungspflichtige, al-

tersgerechte und vor allem gut bezahlte Beschäftigung – und zwar für Jung und Alt. Die Grünen jedoch sind mitverantwortlich für Hartz IV, Minijobs und Leiharbeit und gerade kein Garant für gute Arbeit.

Im Übrigen ist auch die demografische Entwicklung kein Grund dafür, die Regelaltersgrenze an-

zuheben, denn bereits heute können viele Beschäftigte freiwillig so lange arbeiten, wie sie wollen. Sie erhalten dann einen Zuschlag von 0,5 Prozent pro Monat auf die Rente. Diese Regelung ist gut. Allen, die es nicht bis 67 schaffen, die Rente um 0,3 Prozent pro Monat zu kürzen, ist hingegen unnötig, unfair und ungerecht.“

ABSTIMMUNG VOM 15.12.2011			
Fraktion	Ja	Nein	Enthaltung
CDU/CSU	0	221	0
SPD	6	124	6
FDP	0	86	0
DIE LINKE	65	0	0
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	0	56	10

Demonstrationen sind ein legitimes Mittel

Friedliche Demonstrationen sind ein legitimes Mittel in einem demokratischen Rechtsstaat. Daran sollten sich auch Frau Reiche und Frau Teuteberg gewöhnen. Statt sich der Ursache für den Protest anzunehmen – fehlender sozial verträglicher Wohnraum – fahren beide Damen ihre ideologischen Geschütze auf. Aber wie sollten sie auch das Problem kennen, wo sie sich doch null für diese Stadt interessieren. Das Interesse wird wohl erst kurz vor der Wahl neu entdeckt werden – nehme ich an.

Nun haben sich junge Menschen in Potsdam auf die Straße begeben, um auf die nicht zufriedenstellende Wohnungssituation in Potsdam aufmerksam zu machen. Dieser öffentliche Protest an sich sollte nicht verteufelt, sondern als ein produktiver Beitrag zur Debatte eines realen sozialen Problems angesehen werden. Gewalt – von welcher Seite auch immer – ist abzulehnen! Es sei nun die Ver-

antwortung der Potsdamer Stadtpolitik, mit den jungen Menschen ins Gespräch zu kommen und dabei angesichts der Ereignisse von Mittwochabend auch zu sagen, was nicht toleriert wird. Wichtiger ist aber, dass sich alle Verantwortlichen – seien es die Verwaltung, die politischen Parteien oder die jungen Menschen – an einen Tisch setzen, reden und gemeinsam an einer Lösung arbeiten.

Mit 18% Mietsteigerung in fünf Jahren wurde Potsdam zur viert teuersten Stadt Deutschland. Für eine Hochschulstadt, die junge Menschen anziehen und halten will, ist das ein untragbarer Zustand. Mit der Hausbesetzung und der Demonstration wurde ein Zeichen gegen steigende Mieten in Potsdam gesetzt. DIE LINKE tritt für bezahlbaren Wohnraum ein. Wohnen darf in Potsdam nicht zu einem Privileg werden.

Sascha Krämer
Kreisvorsitzender

LINKE steht zur Gartenstadt Drewitz



Das Gartenstadt Konzept ist ein herausragendes Konzept in der Umgestaltung eines ganzen Stadtviertels in ein attraktives, modernes

und sozial ausgewogenes Wohngebiet und das sogar zum ersten Mal in Potsdam mit einer Bürgerbeteiligung. Wir als LINKE müssen

Nachhaltigkeit und Demografie berücksichtigen

Neues Brandenburgisches Wassergesetz – Vattenfall-Vergünstigung gestrichen

Mit den Stimmen der Koalition hat der Landtag am 15. Dezember das neue Wassergesetz beschlossen. Die Novellierung war notwendig, weil nach der Föderalismusreform zahlreiche der im bisherigen Landesgesetz enthaltenen Regelungen jetzt im Wasserhaushaltsgesetz des Bundes enthalten sind.

Mit der Novellierung wurde der Auftrag im Koalitionsvertrag umgesetzt, die Vergünstigungen für den Braunkohlebergbau beim Wassernutzungsentgelt zu prüfen. Eine 2004 von Rot-Schwarz beschlossene Sonderregelung zugunsten von Vattenfall wurde wieder gestrichen. Für Grundwasser, das zur Freihaltung von Braunkohle Tagebauen abgepumpt und dann genutzt wird, muss das Unternehmen zukünftig das volle, auch für andere Nutzer übliche Wassernut-

zungsentgelt bezahlen. Nach einer Übergangsphase erzielt das Land dadurch ab 2014 Mehreinnahmen in Höhe von 2-2,5 Mio € jährlich, die zweckgebunden für den Gewässer- und Hochwasserschutz eingesetzt werden.

Im parlamentarischen Verfahren wurden zahlreiche Änderungsvorschläge, die sich aus der Landtagsanhörung oder aus Briefen an die Fraktion ergeben haben, sorgfältig geprüft. Es gab dabei noch einige Neuregelungen etwa bei den Themen Landschaftswasserhaushalt und Gewässerunterhaltung. Im Bereich Abwasser sollen die kommunalen Abwasserbeseitigungskonzepte zukünftig Aspekte der Nachhaltigkeit und des demografischen Wandels berücksichtigen – damit wurde eine Forderung des Nachhaltigkeitsbeirates aufgegriffen. Die Nutzung gereinigten Abwassers auf Privatgrundstücken soll im Einvernehmen mit der Gemeinde und der Wasserbehörde erleichtert werden.

Zu einer grundsätzlichen Reform der Finanzierung der Wasser- und Bodenverbände gab es in der Koalition keine Einigung. Die LINKE befürwortet für die Gewässer 2. Ordnung die Einführung eines Vorteilsmaßstabs, der berücksichtigt, ob Grundstückseigentümer von der Gewässerunterhaltung profitieren. Im Zuge der anstehenden Diskussionen zur Verwaltungsmodernisierung soll dieses Thema noch einmal aufgegriffen werden.

Carolin Steinmetzer-Mann,
Mdl
Umweltpolitische Sprecherin
der Landtagsfraktion

Richtigstellung

In unserer Dezemberausgabe 2011 hatten wir auf der Seite 6 einen Text von Wolfgang Preller unter der Überschrift „Geplante Verbesserungen im Westen der Stadt“ veröffentlicht. Im Text wurde über eine Veranstaltung im Versammlungsraum der Erlöserkirche berichtet. Hier müssen wir richtig stellen, dass es eine Veranstaltung des Vereines Brandenburger Vorstadt e. V. und nicht vom Stadtteilnetzwerk war. Wir bitten diesen Fehler zu entschuldigen.

Die Redaktion

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“

Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE.Potsdam; **Sascha Krämer**, Vorsitzender. Alleestraße 3, 14469 Potsdam.

REDAKTION: medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam

Bernd Martin (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**,

Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout;

Jens Hörnig, Reisen, Service; **Ger-**

linde Krahnert, freie Mitarbeit; **Re-**

nate Frenz, Redaktionssekretariat;

Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71;

email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat.

BANKVERBINDUNG: Mittelbranden-

burgische Sparkasse, Kto-Nr.

3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000

LeserInnen. Nachdruck, auch aus-

zugsweise, nur mit schriftlicher Ge-

nehmigung der Redaktion.

Veröffentlichungen, die nicht aus-

drücklich als Stellungnahme des

Kreisvorstandes und/oder der Redak-

tion gekennzeichnet sind, stellen die

persönliche Meinung des/der AutorIn

dar. Für unverlangt eingesandte Ma-

nuskripte bzw. Fotos kann keine Haf-

tung übernommen werden. Für die

Veröffentlichung von Leserpost behält

sich die Redaktion das Recht sinn-

wahrender Kürzungen vor.

BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv

DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

„Wir sind gut aufgestellt“

DIE LINKE stellt auch 2012 den Kampf gegen den Sozialabbau in den Mittelpunkt ihrer Politik

Dank Internet findet die eigenwillige Tradition, Reden zum Jahreswechsel zu veröffentlichen, immer größere Verbreitung. Was man auch als Vorteil sehen kann, denn so ist immerhin Widerspruch möglich. Schließlich behauptet Angela Merkel, dass es Deutschland gut geht. Die LINKEN-Politikerin Tina Flauger erklärt hingegen, warum für viele das Gegenteil richtig ist und was man dagegen machen kann – zum Beispiel Protestbriefe schreiben. Dabei will es Klaus Ernst nicht bewenden lassen, der Parteichef kündigte an, dass linke Parteien in Europa im kommenden Jahr den Kampf gegen Sozialabbau in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen wollen. Es werde in allen Ländern gegen die Kürzung von Löhnen, Renten und Sozialleistungen zu kämpfen sein. „Das wird das Markenzeichen der Linken in ganz Europa“, so Ernst. Linksfraktionschef Gregor Gysi hat den Gewerkschaften Unterstützung bei ihrem Engagement zugesichert, wobei sich das in den vergangenen Monaten vor allem auf verbale Hinweise beschränkte. „Arbeit muss in unserem Land endlich wieder den Wert bekommen, den sie verdient“, sagte Gysi. Das sei „nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft“. Er forderte „eine Lohn-, Renten- und Sozialoffensive in Deutschland und Europa“ im kommenden Jahr. „Ich setze darauf, dass die Gewerkschaften auch und gerade in Deutschland ihre Zurückhaltung aufgeben. Es reicht ja nicht, Abwehrkämpfe zu führen, wir brauchen endlich einen nachhaltigen Anstieg der Reallöhne und -renten.“

Die Sozialpolitikerin Diana Golze sagte, „die Themen Rente, Mindestlohn und Arbeitsmarkt-



politik, aber auch Gesundheit und Pflege“ stünden weiterhin für die LINKE im Mittelpunkt. Es brauche Konzepte „für eine sozialere Politik“ – und „dafür sind wir gut aufgestellt“. Unter dessen hat auch der Bundesausschuss Friedensratschlag sein „friedenspolitisches Aktionsprogramm“ vorgelegt. Im Mittelpunkt stehen dabei der Krieg in Afghanistan, die Warnung vor neuen Kriegen und die Kritik an NATO und Bundeswehr. Bereits Anfang Dezember hatte die Spitze der LINKEN eine Reihe von Vorhaben für das kommende Jahr angekündigt – unter anderem, dass „die Aktivitäten zum Thema Euro-Krise“ auch in diesem Jahr „fortgesetzt werden“. Konkretere Vorschläge will der Vorstand im Januar diskutieren. Vize Heinz Bierbaum soll den Linkenvorstand zudem im Bündnis

„Wir zahlen nicht für eure Krise!“ vertreten. Begrüßt hat das geschäftsführende Gremium auch „die Rosa-Luxemburg-Stiftung einen ‚Ratschlag‘ mit außerparlamentarischen Kräften organisieren wird“. Im Frühjahr und Frühsommer sollen „drei bis vier regionale“ Veranstaltungen mit Vertretern aus Gewerkschaften, Verbänden sowie sozialen Bewegungen und Initiativen stattfinden. Die Linkspartei selbst will im Herbst 2012 zu einem Zukunftskongress einladen, mit dem versucht werden soll, „die gesellschaftliche Debatte über notwendige und sinnvolle Veränderungen zu beleben“. Auch soll „in einem offenen, beteiligungsorientierten Verfahren über Erwartungen an ein linkes Bundestagswahlprogramm 2013 und darüber hinaus“ diskutiert werden. (vk)/aus: Lafontaines Linke

„Wir verändern“ – das neue Leitbild 2020 entwickeln

Von Dr. Kirsten Tackmann (MdB), stellvertretende Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE

In der vergangenen Wahlperiode des Potsdamer Landtags hatte sich DIE LINKE Brandenburg nach vielen Monaten Debatte mit fachpolitischen Veranstaltungen und Diskussionsrunden in allen Regionen auf einem Parteitag ein Leitbild gegeben. „Unsre Heimat - für ein Brandenburg der Regionen“ beschrieb eine klare Zukunftsstrategie mit demokratisch-sozialistischer Handschrift. Diese intensive inhaltliche Arbeit des Landesverbandes hat sich bei der Erarbeitung des Landtagswahlprogrammes für die Landtags- (und Bundestags-)Wahl 2009 und die Koalitionsverhandlungen mit der SPD danach als Glücksfall erweisen. Unsere Positionen zu vielen Entwicklungsfragen des Landes waren breit diskutiert und die Schlüsselprojekte haben sich nahezu zwangsläufig ergeben, die wir in den Mittelpunkt unseres Wahlkampfes gestellt haben. Wer schon mal an der Erarbeitung von Wahlprogrammen mitgearbeitet hat weiß, wie viel schwieriger das ist, wenn es einen solchen inhaltlichen Klärungsprozess vorher nicht gibt. Auch für die Verhandlungsgruppe in den Koalitionsverhandlungen waren die verbindlich beschlossenen Leitbild-Positionen des Landesverbandes und die Kenntnis der Diskussionen sehr hilfreich, aus denen diese abgeleitet wurden. Auch die SPD wusste ziemlich genau, worauf sie sich mit uns als Koalitionspartnerin einlassen müssten. Schaut man im Abstand von zwei Jahren auf das rot-rote Re-

gierungshandeln, prägen gerade diese Schlüsselprojekte rot-rote Erfolge in Brandenburg. Fast alle sind bereits zur Halbzeit der Wahlperiode erfolgreich abgeschlossen, auf gutem Wege dorthin oder sogar übererfüllt. Nicht in allen Bereichen sind wir so erfolgreich. Es gibt also sehr gute Gründe, einen so erfolgreichen Weg weiter zu gehen und das Leitbild fortzuschreiben. Erst Recht unter den besonderen Bedingungen der LINKEN Regierungsbeteiligung während einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, die immer deutlicher zu einer Gesellschaftskrise wird. Mit weniger Geld sozial gerechte Politik gestalten - kleiner ist die politische Aufgabe nicht, vor der unser Landesverband steht. Die Fortschreibung des Leitbildes muss deshalb nicht nur LINKE fachpolitische Antworten auf sehr drängende Entwicklungsfragen geben. Sie muss gerade jetzt den Anspruch erfüllen, diese Antworten mit unseren Genossinnen und Genossen sowie allen Interessierten um uns herum gemeinsam zu entwickeln. Nur so ist eine breite Akzeptanz zu erreichen. Dieser partizipative Prozess ist für die Zukunft des Landesverbands existenziell, denn er bietet gleichzeitig die Möglichkeit, neue Unterstützerinnen und Unterstützer zu gewinnen. Oder sogar die neuen Mitglieder, die wir dringend brauchen. Diesem Konzept eines ebenso intensiven wie breiten politischen Dialogs folgte schon die Auftaktkonferenz Anfang Dezember

2011. Nach einer politischen Bilanz des bisherigen Leitbildes durch den Landesvorsitzenden, und einer Diskussionsrunde mit ihm, allen LINKEN Minister/innen und der Fraktionsvorsitzenden, haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Nachmittag an 6 Tischen sehr engagiert Themen diskutiert, die eine inhaltliche Weiterentwicklung erfordern und deshalb im Zentrum der neuen Leitbilddebatte stehen werden: 1. Lebensqualität in zukunftsfähigen Städten und Dörfern, 2. Nachhaltige Bildungslandschaft fördern, 3. Wirtschaft und Arbeit, 4. Brandenburg als Vorreiter in der Energie- und Klimapolitik, 5. Zukunftsfähige Finanzpolitik und 6. Methoden für eine intensive politischen Debatte. Bis Juni 2012 sollen thematische Workshops zu den Schwerpunktthemen stattfinden. Bis Oktober sollen auf Aktivenkonferenzen deren Zwischenergebnisse breit diskutiert werden. Im September folgt ein europapolitischer Landestag. Im Dezember wird auf einer Konferenz der Textentwurf der Fortschreibung des Leitbildes 2020 vorgestellt. Das ist gleichzeitig der Auftakt für den intensivierten Dialog mit unseren gesellschaftlichen Bündnispartnerinnen und -partnern. Ende 2013 soll die Leitbilddebatte beendet und gleichzeitig die Wahlkampfprogrammdebatte für die Landtagswahlen 2014 eröffnet werden. Ich freue mich auf die interessanten Diskussionen zur Zukunft unseres Landes und hoffe auf eine rege Beteiligung!

Kita- und Service-Angebot wird evaluiert

Der Kita-Tipp der Landeshauptstadt Potsdam hat sich seit der Eröffnung im Oktober 2010 zu einer zentralen Anlaufstelle für Eltern entwickelt. Im vergangenen Jahr haben sich etwa 3000 Potsdamerinnen und Potsdamer persönlich an die Mitarbeiterinnen des Kita-Tipps gewandt. Allein 452 Eltern waren auf der Suche nach einem geeigneten Kitaplatz in Potsdam. Von den 538 betroffenen Kindern konnten in Kooperation mit freien Trägern und Kindertagesbetreuungseinrichtungen 389 Plätze vermittelt werden.

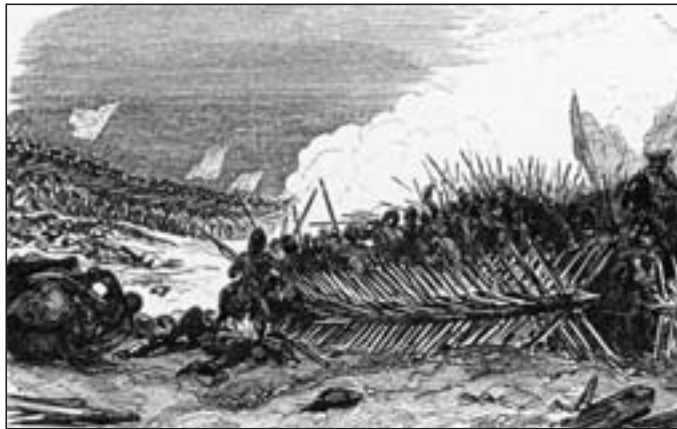
Die Mitarbeiterinnen hatten im Jahr 2011 insgesamt knapp 9000 Kontakte mit Schwangeren, Eltern und interessierten Bürgern. Davon waren etwa 6000 telefonische sowie 3000 persönliche Nachfragen. Nicht erfasst ist der E-Mail-Verkehr. Um das städtische Angebot weiter zu verbessern, ist das Institut für Fortbildung, Forschung und Entwicklung e.V. (IFFE) an der Fachhochschule Potsdam mit der Evaluation des Betreuungsplatzservices beauftragt worden. In der Landeshauptstadt werden die Kinder in mehr als 110 Einrichtungen von 46 freien Trägern betreut mit jeweils unterschiedlichen Anmeldeverfahren. Das Anmeldeverfahren muss für Eltern leichter werden. Ein einheitliches Anmeldesystem an allen Einrichtungen bei bleibender Vergabeautonomie der Träger für den Platz wäre wünschenswert.

Um den steigenden Bedarf an Kinderbetreuung in der Landeshauptstadt decken zu können, werden in diesem Jahr in Zusammenarbeit mit den freien Trägern weitere 700 neue Kindertagesbetreuungsplätze geschaffen. Die Kapazität steigt damit bis zum Ende des Jahres auf 13.800 Plätze - zum Vergleich: Im Jahr 2002 gab es etwa 6000 Kitaplätze. Dafür sind in diesem Jahr vier Neubauten, eine Komplettsanierung und eine Kita-Erweiterung an sechs Standorten geplant. Für die Versorgung der Potsdamer Kinder in Kitas gibt die Stadt Potsdam allein in diesem Jahr 55 Millionen Euro aus. - Red/PE

Kriegsmuseum Garnisonkirche

Februar 1747

Hatte der Vater, obwohl mit dem Beinamen „Soldatenkönig“ belegt, keinen Angriffskrieg geführt, so nutzte der Sohn Friedrich II. das hinterlassene Potential, um Preußen durch Kriege groß zu machen. Schon im ersten Regierungsjahr brach Friedrich II. seinen ersten Krieg vom Zaun. Der endete 1742 siegreich - einen besonderen Stellenwert dabei nahm die erste siegreiche, die Schlacht von Mollwitz am 10. April 1741 ein.



An diesen Sieg sollten sich das Volk Preußens und seine Soldaten stets erinnern und sich für kommende Kriege begeistern. Deshalb wurden am 09. Februar 1747 die Trophäen aus der Schlacht von Mollwitz während einer feierlichen Zeremonie in der Hof- und Garnisonkirche aufgestellt.

Damit wurde das Gotteshaus zu einem Kriegsmuseum.

Zucht- und Spinn-Haus-Strafe

Februar 1747

Oh, um wie vieles leichter ist es doch, Diebs- und dergleichen -Gesindel für ihre Untaten zu strafen als Hand zu legen an die sozialen Wurzeln ihres Tuns. Und wenn dieselben nach Verbüßung ihrer

Strafe wieder auf freiem Fuß sind, sollen sie des Landes verwiesen werden. Schließlich soll mein Preußen und seine Residenzen sauber und musterhaft sein.

Dessen wohl gedenkend, erließ

ich, Friedrich II., am 04. Februar 1747 ein Edikt, das die Handhabe für noch härtere Strafen vorsieht für die, die trotz Ausweisung wieder ins Preußische kommen. Also ordne ich an, dass dieselben, „...mit

ewiger Zucht- und Spinn-Haus-Strafe belegt werden sollen...“

Sauber, was?

Der „erste Deutsche im All“ geboren

Februar 1937

Sigmund Werner Paul Jähn wurde am 13. Februar 1937 in Morgenröthe-Rautenkrantz im Vogtland geboren. Nach der Schule absolvierte Jähn von 1951 bis 1955 eine Ausbildung zum Buchdrucker. Danach leistete er seinen Wehrdienst bei der Nationalen Volksarmee, wobei er bei den Luftstreitkräften zum Einsatz kam. Von 1966 bis 1970 folgte ein Studium an der sowjetischen Militärakademie „J. A. Gagarin“ in Monino. 1970 wurde Jähn zum Inspekteur für Jagdfliegerausbildung und Flugsicherheit in den Stab der Luftstreitkräfte der DDR berufen. Diese Funktion nahm er bis 1976 wahr. Im Jahr 1976 wurde Jähn zum Kosmonau-

ten der DDR berufen und als solcher zur Ausbildung nach Moskau entsandt, wo er sich auf seinen künftigen Raumflug vorbereitete. Am 26. August 1978 flog Jähn in der sowjetischen Raumkapsel „Soyuz 31“ zur Raumstation „Saljut-6“. Dort verbrachte er zusammen mit seinem sowjetischen Kollegen Waleri Fjodorowitsch Bykowski eine Woche.

Im Anschluss erfuhr Jähn als erster Deutscher im All zahlreiche Ehrungen. Er wurde zum „Helden der DDR“ und zum „Helden der Sowjetunion“ erhoben und zahlreiche Schulen und andere öffentliche Einrichtungen nahmen seinen Namen an. In der Folge nahm



Sigmund Jähn noch ein Studium der Physik in Potsdam auf, das er 1983 mit der Promotion abschloss. Nach der „Wende“ wurde Jähn als Berater für das russische Kosmonautenausbildungszentrum und ab 1993 auch für die European Space Agency (ESA) tätig.

Eine bereits 1979 in Morgenröthe-Rautenkrantz eingerichtete Ausstellung erfuhr in den Jahren 1991/92 eine inhaltliche Erweiterung zur „Deutschen Raumfahrt-ausstellung“. In Erinnerung an Jähns Verdienste für die Raumfahrt wurde 2001 der Planetoid 1998BF14 nach dem ehemaligen DDR-Kosmonauten benannt.

(aus: Pioniere der Raumfahrt)

Grundrechte der Jugend – damals

Februar 1947

Das 1. Parlament der Freien Deutschen Jugend (FDJ) in Brandenburg/H. vom 08. - 10. Juni 1946 gab der Jugendarbeit in der sowjetisch besetzten Zone Inhalt und Ziel. Überparteilich sollte sie sein, diese neue Jugendorganisation, friedliebend, antifaschistisch und demokratisch. Im Zentrum der Beratungen standen neben der Bekundung des Aufbauwillens

die vier Grundrechte der jungen Generation - das Recht auf politische Mitbestimmung, das Recht auf Arbeit und Erholung sowie auf den Erhalt des gleichen Lohnes für gleiche Arbeit, das Recht auf Bildung und schließlich das Recht auf Freude und Frohsinn.

Diese Grundrechte waren nur im Konsens aller gesellschaftlichen Kräfte durchsetzbar. Und sie stell-

ten sich - auch in Potsdam. Zum 01. Februar 1947 hatte der Ortsvorstand Groß-Potsdam des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) zu einer Jugendkonferenz mit allen jugendlichen Gewerkschaftsmitgliedern in die Lokomotivbaufirma Orenstein & Koppel, Babelsberg, eingeladen. Naturgemäß standen Fragen der Mitarbeit in den gewerkschaftlichen

Gremien und die Durchsetzung des Rechts auf Arbeit im Mittelpunkt. Dringend war der Appell an die Jugendlichen, in den Betriebsräten mitzuarbeiten und auf diesem Wege ihre Rechte durchzusetzen.

Was spräche gegen eine Konferenz solcher Art in diesen, unseren Tagen? -rt

Solidarität für Betroffene

Februar 1962

Am 07. Februar 1962 ereignet sich in Völklingen (Saarland) eines der schwersten Grubenunglücke in der Geschichte der BRD. 300 Bergleute kommen zu Tode.

Dem Aufruf des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB), den Hinterbliebenen solidarisch Hilfe zukommen zu lassen, folgen mit

Selbstverständlichkeit auch Potsdamer. So überweisen am 09. Februar 1962 die Mitarbeiter des Konstruktionsbüros Forschung und Entwicklung des VEB Lokomotiv-

bau „Karl Marx“ Babelsberg für die Opfer des Grubenunglücks 500,- DM auf das Solidaritätskonto des FDGB.

Unnötiger Streit um Straßenreinigung

Der Streit um die Quadratwurzel liegt ein paar Jahre zurück. Auch damals wurde der Beschluss der StVV als unrecht befunden, schließlich setzte die StVV die Frontmeter durch – und seit dem herrscht Frieden. Jetzt gibt es neuen Streit. Ungeachtet der langjährigen Praxis wird behauptet, dass ab 2012 die Bildung von Klassen für einfacher zu reinigende Straßen nicht mehr erlaubt sein soll. Noch bis 2010 galten vier verschiedenen Maschinenklassen (1K, 3K, 4K und 5K). Um sich die Arbeit zu erleichtern, versuchte die Verwaltung, diese abzuschaffen. Nach Veto der StVV willigte man ein, zumindest eine solche Klasse RK2/11 zu belassen. Dies betraf 23 Straßen, die einfacher und billiger zu reinigen sind als die übrigen. Die Satzung 2011 wurde nicht beanstandet. Aber nun ab 2012 sollte angeblich dieses System rechtlich unzulässig sein. Warum? Hat es neue Gesetze gegeben? Nein! Mit beauftragten Gutachten versuchte

man zu begründen, dass der Wille der StVV unzulässig sei. Unterschriften von Bürgern zur RK2 wurden ignoriert. Selbst in der Stellungnahme des Ministerium des Innern vom 28.12.2011 heißt es: „Ich habe keine vergleichbare Rechtsprechung gefunden.“ Darauf hin hat die StVV am selben Tag erneut die Satzung bestätigt, die der OBM beanstandet hatte. In Verantwortung für die Stadt habe ich zuvor die fehlende Gebühr für die RK2 nachgetragen, um Schaden von der Stadt abzuwenden. Die Satzung hätte ab 01.01.2012 gelten können. Nun hat der OBM sie erneut beanstandet. Damit ist es, der mögliche Einnahmeausfälle für die Stadt zu verantworten hat. Wir haben eine ggf. begründete Anpassung der anderen Gebühren akzeptiert. Falls rechtlich nötig, können die 26 Straßen (23 alte sowie Ehrenpfortenbergstraße, Lerchensteig und Trebbiner Straße) neu als „parkbuchenfreie Straßen“ benannt werden. Ich sehe das



Zukunftsversion? Wenn die Gehwege nicht beräumt werden, läuft man/frau eben auf der Straße...

nicht als Marotte, um den OBM zu ärgern, sondern als verantwortungsvolle Entscheidung für verträgliche Gebühren. Andernfalls würden Härten für Anwohner auftreten, wo einzelne Bürger nach Vorschlag der Verwaltung teils mehr als 700 Euro/Jahr Gebühren

für ein kleines Einfamilienhaus bezahlen müssten! Aus Verantwortung für die Bürger unserer Stadt halten wir die Beibehaltung der besagten Gebührenklasse für nötig und erwarten endlich einen konstruktiven Vorschlag des OBM.

Dipl.-Ing. Ralf Jäkel

Der Oberbürgermeister hat völlig die Bodenhaftung verloren!

Zu den Äußerungen von Oberbürgermeister Jakobs, in denen er mit dem Verkauf der Stadtwerke drohte, erklärte die Potsdamer Landtagsabgeordnete und Stadtverordnete Anita Tack (DIE LINKE): „Jetzt hat der Oberbürgermeister völlig die Bodenhaftung verloren! Der Potsdamer Oberbürgermeister jammert auf hohem Niveau. Damit stellt er unter Beweis, dass die Landeshauptstadt seit längerer Zeit über ihre Verhältnisse lebt. Seine Drohungen, mit denen er die Brandenburger rot-rote Landesregierung unter Druck zu setzen glaubt, entbehren jeder sachlichen Grundlage. Der angedrohte Verkauf der Stadtwerke steht überhaupt nicht zur Debatte, und das weiß Herr Jakobs. Ich frage mich, was er mit seinen in letzter Zeit häufig fragwürdigen Auslassungen bezweckt. Der Landeshauptstadt und ihrem Ansehen im Lande erweist er damit jedenfalls einen Bärendienst. Er blendet dabei völlig aus, dass die Landeshauptstadt im Jahr 2012 zusätzliche Finanzmittel in zweistelliger Millionenhöhe vom Land erhält. Ich fordere ihn dringend auf, seine Machtkämpfe gegen Rot-Rot zu beenden.“

Der Kreisvorsitzende Sascha Krämer dazu: „Mit seiner Drohung, die Stadtwerke zu verkaufen, will Jann Jakobs freiwillig seinen politischen und gestalterischen Einfluss in der Stadt aufgeben. Damit macht er sich und die Stadt Potsdam im Land lächerlich und ver-



abschiedet sich endgültig von sozialdemokratischer Politik in die Beliebigkeit. DIE LINKE setzt sich für eine bürgernahe, gut bewirtschaftete, transparente öffentliche Daseinsvorsorge ein, die eine sozial gerechte Versorgungssicherheit für alle Menschen gewährleistet. Der Oberbürgermeister sollte schnellsten klären, für welche Politik er steht, und er sollte den permanenten Konfrontationskurs gegenüber dem Land einstellen.“

Stefan Wollenberg

Werkstattverfahren zum Potsdamer Bad

Oberbürgermeister Jakobs hatte im Januar 2010 den Bau eines Sport- und Freizeitbades im Bornstedter Feld als alternativlos bezeichnet. Die Rathauskooperation folgte ihm in dieser Auffassung und beschloss, ohne eine Beratung in den Ausschüssen, sofort die von ihm eingebrachte Beschlussvorlage. DIE LINKE stimmte nicht zu, sondern forderte eine Bürgerbefragung. Ursprünglich sollte im September 2011 nach erfolgter Ausschreibung eine Entscheidung über die Auftragsvergabe fallen. Aber zu diesem Zeitpunkt war klar, dass das Bad entgegen der Vorgabe der Stadtverordneten deutlich mehr als 18 Millionen Euro kosten würde. Immer mehr Bürger interessierten sich, sensibilisiert von der Bürgerinitiative Pro Brauhausberg, für die

künftige Gestaltung des Brauhausbergs und den Erhalt der Schwimmhalle. Vor diesem Hintergrund sprach sich der Oberbürgermeister Anfang Dezember 2011 völlig überraschend für eine Bürgerbefragung aus, die er vorher konsequent abgelehnt hatte. Das von ihm angeregte Werkstattverfahren zur Vorbereitung dieser Bürgerbefragung begann am 13. Januar, einem Freitag. Fast 300 Teilnehmer hatten sich zur Eröffnungsveranstaltung angemeldet. Die Reihen lichteten sich allerdings nach den einführenden Bemerkungen deutlich, offensichtlich wegen des unübersichtlichen und zeitaufwändigen Verfahrens. Das schien auch Absicht zu sein. Trotzdem blieben am ersten Tag mehr als 100 Teilnehmer bis gegen 20.00 Uhr und beteiligten sich rege

an der Diskussion über Merkmale und Einflussfaktoren, die zunehmend in Gruppen erfolgte. Am Sonnabend trafen sich dann etwa 60 Teilnehmer, die von 10.00 bis 18.00 Uhr arbeiteten. Die Arbeit in den Arbeitsgruppen wurde am 20. und 21. Januar sowie mit einer Abschlussveranstaltung am 24. Januar fortgesetzt. Fragwürdig ist dabei, dass dieses Verfahren zu spät stattfindet. Durch den hohen Zeitaufwand und das Abstraktionsverfahren wurden viele abgeschreckt. Aber letztlich muss es darum gehen, eine so wichtige Standort- und Investitionsentscheidung so vorzubereiten, dass sie eine möglichst große Akzeptanz in der Bevölkerung hat.

*Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender*

Und sie bewegen sich doch!

Kompromissangebot in letzter Minute/ Sportunterricht an Griebnitzseeschule scheint gesichert

Einen Aufschub des Abrisses der alten Turnhalle am Standort der Griebnitzseeschule hatte das Erzbistum Berlin-Brandenburg konsequent abgelehnt. Damit schien der Kampf der Eltern um den Sportunterricht am Standort für die städtischen Grundschüler beinahe verloren. Mehrfach hatte der Kommunale Immobilienservice den erklärten Willen der Stadtverordneten ignoriert und mit einem schlecht verhandelten Vertrag die Stadt und ihre Schule in eine hilflose Position manövriert (PAS berichtet).

Bei einem letzten Gespräch lenkte das EBO nun überraschend ein. Zwei zusätzliche Container wolle man für den Sportunterricht der Marienschule aufstellen. Diese könnten die städtischen Grundschüler mitnutzen. Gemeinsam mit ergänzenden städtischen Maßnahmen, etwa zusätzlichem Schwimmunterricht und der Nutzung des Sportplatzes des FSV '74 Babelsberg soll so die Durststrecke bis zur hoffentlich pünktlichen Eröffnung der neuen Halle zum Schuljahresbeginn bewältigt werden. Elternvertreter zeigten sich in ersten Reaktionen erleichtert. Bleibt zu hoffen, dass das fast zweijährige Drama um die Sanierung des Schulstandortes damit beendet ist.

Für einen innovativen, kreativen und ergebnisoffenen Workshop-Prozess

Nachdem eindrücklich die BürgerInnen Potsdams via Bürgerhaushalt den Erhalt des Bades am Brauhausberg forderten. Nachdem nun die unmittelbaren BewohnerInnen mittels einer AnwohnerInnenbefragung für den Erhalt des Bades am Brauhausberg votierten. Nachdem eine BürgerInnenbefragung im Potsdamer Norden für einen Badstandort im Norden stimmte. Bleibt hier festzustellen, dass die Leitidee der LINKEN in Potsdam, beide Standorte zu ermöglichen, den Zuspruch vieler PotsdamerInnen findet.

Wir freuen uns daher auf einen innovativen, kreativen und ergebnisoffenen Workshop-Prozess. Ziel sollte es sein, dass erkennbar wird, wie eine konkrete Umsetzung in reale Bauprojekte an den beiden Standorten aussehen kann. Wir danken dem Oberbürgermeister für seinen hastigen Vorstoß in Richtung gelebte Bürgerkommune. Wir sind uns sicher, dass es im Ergebnis endlich heißt, Potsdam hat einige Lösungen für die beiden Bad-Standorte, welche dann alle BürgerInnen Potsdams wählen können.

*Matthias Lack
Mitglied im Kreisvorstand
DIE LINKE.Potsdam*

Potsdamer gestalten ihren Vedutenberg

Ein Resümee von Pro-Brauhausberg auf seiner öffentlichen Ideenwerkstatt zur städtebaulichen Entwicklung am und um den Brauhausberg in Potsdam am 26.11.2011

Eine öffentliche Ideenwerkstatt ehrenamtlich zu veranstalten verlangt eine gewaltige Portion Idealismus, Mut und Kraft. Dass dies Pro-Brauhausberg so erfolgreich gelungen ist, verdanken wir dem persönlichen und uneigennütigen Einsatz vieler Mitwirkender.

Von der Idee bis zur Ideenwerkstatt vergingen keine sieben Wochen. In dieser Zeit der Konzeptentwicklung und Organisation der Veranstaltung durchlebten wir Höhen und Tiefen. Dabei wehte uns auch ein heftiger „Wind“ entgegen. Der Reiz, aktiv an dieser Ideenwerkstatt teilzunehmen, lag darin, dass hier Bürger ehrenamtlich etwas auf die Beine stellen wollten, was man sonst von der Landeshauptstadt Potsdam erwartet hätte. So gelang es uns, fachlich



Bürger wir an einem Samstag zur Teilnahme gewinnen konnten. Selbst der kurzfristige Ausfall eines Referenten erschreckte uns nur kurz. Als sich schließlich über 150

kulinarische Rundumversorgung.

Dank der professionellen Video- und Fotodokumentation konnten wir schon kurz nach Ende der Veranstaltung eine erste Videoreportage bei www.youtube.com in das Internet stellen: „Der Berg ruft - Episode 2: Ideen“.

Unsere Erwartungen an die Ergebnisse wurden in ihrer Fülle und Qualität weit übertroffen. Dies stellte uns bei der Erarbeitung der Dokumentation vor eine nicht in diesem Ausmaß erwartete Herausforderung. Schließlich wollten wir unserem hohen Anspruch auch in der Auswertungsphase gerecht werden. Die 85-seitige Dokumentation steht seit Mitte Januar zum Herunterladen auf der Internetseite von Pro-Brauhausberg zur Verfügung.

Die Ergebnisse vorgestellt

Der Brauhausberg soll landschaftsbezogen entwickelt werden.

Das ehemalige Terrassenrestaurant „Minsk“ und die Schwimmhalle am Brauhausberg sollen erhalten bleiben.

Wenn am Fuße des Brauhausberges eine bauliche Ergänzung notwendig werden sollte, dann ist diese nur an seinen Rändern und in hoher Qualität vorzunehmen.

Die öffentliche Nutzung des Areals am Brauhausberg soll gesichert werden.

Der städtebauliche Entwicklungsprozess soll transparent gestaltet und von Planungswettbewerben begleitet werden.

Leben in der Stadt mit ihren freien und öffentlich nutzbaren Räumen für Kinder und Jugendliche sollte am Brauhausberg möglich sein.

Der bisherige Planungsprozess mit dem Masterplan von Krier/Kohl muss kritisch hinterfragt, Beschlüsse sollten ggf. revidiert werden.

Was haben wir gelernt?

Bürgerbeteiligung ist nur mit finanziellem und hohem persönlichen zeitlichen Aufwand zu leisten. Neue Freundschaften sind entstanden. Ein Miteinander, geprägt von Toleranz und gegenseitigem Respekt, ermöglichte das herausragende Ergebnis.

Da wir zwischenzeitlich auch Erfahrungen mit anderen Beteiligungsverfahren und -methoden sammeln konnten, stellen wir fest, dass der Erfolg in starkem Umfang vom persönlichen Engagement abhängt. Herauszustellen ist auch der Faktor Zeit, der ein wesentliches Qualitätsmerkmal darstellt. Den Teilnehmern sollte ausreichend Raum und Zeit eingeräumt werden, sich untereinander kennen zu lernen, Vorbehalte abbauen, der Diskussionsmethodik folgen und sich selbst einbringen zu können. Das ist uns gelungen.

Die Ideenwerkstatt von Pro-Brauhausberg ist ein Höhepunkt in der Reihe vieler Aktivitäten unserer Initiative, Bürgerbeteiligung durch Information, Konsultation und Entscheidungsmitwirkung einzufordern und zu ermöglichen. Wir wünschen, dass viele weitere Initiativen uns auf diesem Weg folgen.

*Steffen Pfrogner, Thomas Hintze
(Pro-Brauhausberg e. V.)
Fotos: Maria Vaorin*



versierte Referenten und Moderatoren für eine aktive Mitwirkung zu gewinnen.

Kalkuliert war diese Veranstaltung mit ca. 3.500 Euro. Ohne die zahlreiche, in Euro nicht zu beziffernde Unterstützung vieler Potsdamer Bürger und Unternehmen läge diese Summe höher. Hervorzuheben sind sowohl die kostenlose Bereitstellung von Bauzäunen für unser Werbebanner als auch die kostenlose Videowerbung in den öffentlichen Verkehrsmitteln der Landeshauptstadt Potsdam.

Entgegen einer ersten mündlichen Zusage des Oberbürgermeisters auf dem Bürgerbeteiligungsworkshop im Oktober 2011 für einen Zuschuss in Höhe von 3.000 Euro erhielten wir kurz vor Weihnachten – also nach der Ideenwerkstatt – die im Zuwendungsbescheid aufgeführte Summe von 2.000 Euro. Unser Antrag auf Starthilfeförderung bei der Stiftung Mitarbeit in Bonn in Höhe von 500 € wurde unbürokratisch bewilligt und rechtzeitig ausgezahlt.

Viele interessierte Bürger

Aufgeregt erwarteten wir am 26.11.2011 die Besucher. Wir waren gespannt, wie viele interessierte

Teilnehmer im Auditorium zur Eröffnung einfanden, waren wir überwältigt.

Die von uns vorgeschlagenen Arbeitsgruppen nahmen die Gäste gut an. Trotz der teilweise sehr großen Gruppen mit bis zu 40 Teilnehmern konnten klar strukturierte Ergebnisse erzielt werden.

Hervorragend unterstützt wurde unser Konzept durch die räumlichen Gegebenheiten im Humboldt-Gymnasium. Lobend äußerten sich viele Gäste auch über die



Die Visionen der Stadtwerke Potsdam zeigen erstaunliche Übereinstimmungen mit denen der Bürger. (aus: „Quartett“ 4/2007)

Wie weiter am Schlaatz und am Teufelssee?

Gefragter Gesprächsgast in Sachen Kaufhallen: Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Der Regen meinte es wieder mal gut an diesem 19. Januar. Und irgendwie hatte es sich rumgesprochen: der Fraktionschef der LINKEN in der SVV ist im Wohngebiet Am Schlaatz. So trotzten 14 BürgerInnen dem Wetter und suchten kompetente Antworten auf ihre Fragen zu bekommen (Foto o.). Denn es ist bekannt, dass sich DIE LINKE-Stadtfraktion immer wieder für die Belange der Anwohner vor Ort einsetzt. Die in der Presse veröffentlichten „Einwände“ des Gestaltungsrates gegen den von REWE beabsichtigten Neubau einer Halle am Schilfhof sind ebenfalls bekannt. Hans-Jürgen Scharfenberg konnte seine Gesprächspartner beruhigen. Auf jeden Fall wird es in absehbarer Zeit eine neue Kaufeinrichtung am Schilfhof geben. Derzeit sind eigentlich „nur noch“ Eigentumsfragen zu klären. Die Halle Am Bisamkiez hat ihren Vertrag noch bis 2016. Doch auch für deren Zukunft ist Scharfenberg nicht bange. Derzeit noch nicht geklärt ist eine geplante Verkaufseinrichtung am Standort Zum Teufelssee in Waldstadt II (Foto u.). „Wir bleiben wie immer dran an der Problematik“, gab der Fraktionsvorsitzende den Anwesenden mit auf den Weg. Und „PaS“ wird das verfolgen.



Erneute Auslegung Bebauungsplan Nr. 125 „Uferzone Griebnitzsee“

Seit dem 09.01.2012 bis zum 10.02.2012 findet die erneute Öffentlichkeitsbeteiligung zum Bebauungsplan Nr. 125 „Uferzone Griebnitzsee“ statt. Die Unterlagen können sowohl in der Stadtverwaltung (Haus 1, Hegelallee, vor Zimmer 831) oder im Internet unter www.potsdam.de/beteiligung eingesehen werden.

Die erneute öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfs ist erforderlich, weil sich nach der ersten öffentlichen Auslegung noch viele kleinteilige Änderungen im Detail ergeben haben: So wird z.B. der Wegeverlauf in Teilbereichen auf Wunsch von betroffenen Grundstückseigentümern angepasst, um die Beeinträchtigung ihrer privaten Belange weiter zu minimieren. Ver-

einzel werden Standorte für Bootshäuser und Stege verschoben, eine weitere, im Bestand vorhandene Sammelsteganlage soll entgegen bisheriger Überlegungen dauerhaft erhalten bleiben und nicht durch ein Bootshaus ersetzt werden.

Ganz wesentlich ist auch die Änderung der Festsetzung im unmittelbaren Uferbereich: Die Wasserstraßenverwaltung des Bundes hat zugestimmt, ihre verlandeten Flächen im Uferbereich nun in die Festsetzungen als öffentliche oder private Grünflächen einzubeziehen. Hintergrund ist die Aussage, dass ein weiterer Ausbau des Teltowkanals, zu dem der Griebnitzsee als Teil einer Bundeswasserstraße gehört, nicht mehr beabsichtigt ist.

Mietspiegel 2010 wird fortgeschrieben

Noch vor Ablauf des Jahres 2011 hat der Arbeitskreis Mietspiegel, in dem Vertreter der Stadtverwaltung Potsdam, der genossenschaftlichen, kommunalen und privaten Vermieter sowie Interessenvertreter von Mietern und Vermietern zusammenarbeiten, seine Arbeit mit dem Ziel aufgenommen, den im Jahr 2010 veröffentlichten qualifizierten Mietspiegel fortzuschreiben. Damit soll der rechtlichen Anforderung entsprochen werden, nach der ein qualifizierter Mietspiegel nach zwei Jahren der aktuellen Marktentwicklung anzupassen ist. Der so aktualisierte Mietspiegel wird voraussichtlich im 3. Quartal 2012 erscheinen.

Der Mietspiegel stellt eine Übersicht über die im Erhebungszeitraum im Gemeindegebiet Potsdam

gezählten Mieten für nicht preisgebundenen Wohnraum vergleichbarer Art, Größe, Ausstattung und Beschaffenheit dar. Mit dem vorliegenden Mietspiegel aus dem Jahr 2010 wurde insoweit Neuland betreten, dass erstmals energetische Merkmale in den Mietspiegel aufgenommen wurden, die eine gerechtere Kostenverteilung energetischer Sanierungsmaßnahmen bewirken sollen. Zur Einordnung einer konkreten Wohnung in die in der Mietspiegeltabelle ausgewiesenen Mietspannen wurden erstmals auch Merkmale zum Wohnumfeld in den Mietspiegel aufgenommen.

Weitere Informationen zum Mietspiegel finden Sie unter www.potsdam.de/mietspiegel. red/PE

Radweg Drewitzer Straße – ein Erfahrungsbericht

Seit Ende September 2011 rollt der Verkehr in der Drewitzer Straße über eine glatte Asphaltdecke. An beiden Fahrbahnseiten sind Radschutzstreifen markiert. Wie erweist sich diese Variante zur sicheren Führung des Radverkehrs im Praxistest? Auf eine repräsentative Befragung kann ich mich hier nicht stützen, nur auf meine eigenen Erfahrungen und Beobachtungen und auf gleichlautende Aussagen einiger Anwohner.

Was hat sich deutlich verbessert? Vor allem der Straßenbelag mit den sich daraus ergebenden Vorteilen. Nun können wir zügig gradeaus fahren ohne stressige Konzentration auf das Ausweichen von Schlaglöchern. Ich kann mich noch deutlich an die Empfindungen erinnern, wenn ich mich wegen vorbeifahrender Fahrzeuge genötigt sah, Schlaglöcher zu durchfahren. Wegen der Unsicherheit auf der Straße hatte auch ich es vorgezogen, im Bereich von An der Alten Zauche bis zur Friedrich-Wolf-Straße den Sandweg neben der Drewitzer Straße zu benutzen. Nun ist für mich die Fahrt

auf dem holprigen Sandweg Geschichte, für einige andere Anwohner noch nicht. Sie bleiben weiterhin lieber auf diesem separaten Weg.

Ich gehöre zu den Radfahrern, die sich jetzt auf der Straße sicherer fühlen. Aber auch ich erlebe Momente, in denen die Rücksicht der Fahrzeugführer nachgelassen hat. Früher überholten die meisten Fahrzeuge in einem großen Bogen. Das ist nun selten. Das dichte Vorbeifahren löst schon mal Unbehagen mit anschließender Erleichterung aus.

Behoben ist nicht die potenzielle Unfallgefahr durch die aus der Stadtrandsiedlung auf die Drewitzer Straße einbiegenden Fahrzeuge wegen mangelnder Sicht. Diese Gefahr hat sich wegen des höheren Fahrtempos der Radfahrer erhöht. Somit sind beim Punkt Sicherheit Verbesserungen und Verschlechterungen eingetreten. Es gibt weiterhin Anlass für die Forderung nach einem separaten Radweg auf der stadteinwärts führenden Straßenseite.

Dittmar Zengerling



Obdachlos im Winter

Auf der Straße ist das Leben hart. Wenn die Temperaturen nachts oft unter den Gefrierpunkt fallen, wird die Wohnungslosigkeit mitunter lebensgefährlich. Obdachlosenheim, Suppenküchen und andere soziale Einrichtungen setzen sich dafür ein, um Betroffenen zu helfen. Die Landeshauptstadt Potsdam zählte nach Angaben der Stadtverwaltung bei ihrer jüngsten Erhebung im vergangenen September 211 Obdachlose. In Brandenburg/Havel sind es nach offiziellen Angaben 52 Betroffene. Eine landesweite Obdachlosenstatistik aber fehlt nach Angaben des Brandenburger Sozialministeriums. Die Erfassung sei schwierig. Man vermute jedoch, dass sich die Mehrheit der Wohnungslosen auf die großen Städte der Mark konzentriere. Diese Tendenz bestätigt auch Karl-Ludwig Böttcher vom Städte- und Gemeindebund Brandenburg.

„Die Zahl der Obdachlosen kann sich jeden Tag ändern“, berichtete Jan Brunzlow von der Stadtverwaltung Potsdam. In der Landeshauptstadt stehen insgesamt 247 Plätze in sozialen Einrichtungen für Menschen zur Verfügung, die von der Wohnungslosigkeit bedroht oder bereits betroffen sind. Neben dem Obdachlosenheim der AWO gibt es spezielle Angebote für Jugendliche, ein Familienhaus und 15 Notbetten - ebenfalls in der Regie der Arbeiterwohlfahrt. Die Stadt stellt zudem 17 sogenannte Gewährleistungswohnungen bereit, in denen Betroffene übergangsweise untergebracht werden können.

Zwanzig Jahre Schulbibliothek Babelsberg

Die Babelsberger Zweigbibliothek der Stadt- und Landesbibliothek in der Goethe-Schule blickt auf 20 Jahre erfolgreiche Arbeit zurück. Am 16. Januar 1992 ausschließlich als Schulbibliothek mit unterrichtsrelevanter Literatur eröffnet, ist sie inzwischen nicht nur zu einer Anlaufstelle für umliegende Grundschulen und Kitas geworden, sondern wird auch von Familien besucht. Mit rund 70 Veranstaltungen für Schülerinnen und Schüler im Jahr und 1.400 Teilnehmern hat die Zweigbibliothek sich zu einem wichtigen Bildungspartner im Stadtteil etabliert. Im Laufe der vergangenen 20 Jahre waren insgesamt 16.724 Benutzer angemeldet, die 725.838 Medien ausgeliehen haben. Der Bestand umfasst mittlerweile rund 12.000 Medien. Zur guten Tradition in der Babelsberger Schulbibliothek gehört auch die Begegnung mit Autoren und Illustratoren. Viele Potsdamer Schriftsteller haben ganze Generationen von Kindern und Jugendlichen mit ihren Büchern und Geschichten begleitet, so zum Beispiel Christa Kozik, Maria Seidemann und Benno Pludra.

Neu ab dem 16. Januar sind die Öffnungszeiten. Sie wurden vereinheitlicht: Offen für alle sind die Türen am Montag und Dienstag von 13 bis 16 Uhr und am Mittwoch von 13 bis 18 Uhr. Von Montag bis Donnerstag finden in den Vormittagsstunden Führungen und Veranstaltungen für Grundschulen und Kitas statt.

In den Brunnen gefallen!

Bürgerprotest gegen Neubaupläne in den Ravensbergen

Bis zu 450 neue Wohnungen will die PBG in der Siedlung „Am Brunnen“ gern errichten und damit den vorhandenen Bestand um ein gutes Drittel erhöhen. Dazu hatte sie - in Abstimmung mit der Stadt - eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse ihren Weg in die Presse fanden und damit für mächtigen Wirbel unter den Anwohnern sorgten.

Auf einer Bürgerversammlung sollten diese Pläne am 05. Januar vorgestellt werden - allerdings ohne die PBG, deren Vorstand Herr Zellmann seine Zusage zur Teilnahme leider nicht einhielt. So erläuterte Herr Kahle von der Stadtverwaltung die Pläne, nach denen im Bereich des Gestellwegs in einer weiteren „Zwiebelschale“ um die bestehende Siedlung herum weitere mehrgeschossige Bauten errichtet, sowie eine Baulücke in der Kunersdorfer Straße geschlossen werden sollen. Weichen müssten neben den bisher dort befindlichen Garagen auch bis zu 4,5 Hektar Wald. Für die Entlastung der schon jetzt problematischen Stellplatzsituation sei die Errichtung einer zweigeschossigen Tiefgarage unter dem Anger am Brunnen angedacht. Kah-

le räumte allerdings ein, dass die Stadt diesen Vorschlag nicht als denkbare Lösung ansieht.

Die Anwohner nutzten die Gelegenheit, ihren Unmut über die bisher nur in der Presse diskutierten Pläne deutlich zu machen. So spielten weder Naturschutzaspekte eine Rolle - die Hälfte der benötigten Flächen von ca. 4,5 ha

ist im Flächennutzungsplan als Wald ausgewiesen, noch die Eigentumsverhältnisse der überplanten Bereiche. Ein Großteil der Flächen gehört nicht der PBG oder der ebenfalls beteiligten WBG 1903 sondern dem Land sowie Garageigentümern bzw. -gemeinschaften. Die Verkehrsproblematik beschränke sich nicht auf die Frage

von ausreichenden Stellplätzen - auch die Anbindung an die Heinrich-Mann-Allee sei weder über die Kunersdorfer noch über die Waldstraße mit ausreichender Kapazität denkbar. Schon jetzt komme es dort zu Spitzenzeiten regelmäßig zu langen Wartezeiten. Nicht zuletzt befürchten die Anwohner eine erhebliche Verschlechterung ihrer Wohnqualität in der eigentlich idyllischen Siedlung. Umso bedauerlicher ist es, wenn die PBG sich dieser Diskussion nicht stellt und die Bedenken auch und vor allem eigener Mitglieder ernst nimmt.

Unbestritten ist, dass bereits jetzt ein großer Wohnungsbedarf in Potsdam besteht, der in den nächsten Jahren weiter wachsen wird. Dennoch könnte es sich schnell als Knieschuss für die Stadt erweisen, wenn sie durch unkontrolliertes Wachstum in sensiblen Bereichen Wohnqualität und damit Attraktivität für heutige und künftige Einwohner unwiederbringlich zerstört. Die Stadtverordneten der LINKEN werden die Entwicklung der Pläne deshalb weiter kritisch begleiten und auf die Wahrung der Anwohnerinteressen drängen.

Stefan Wollenberg



Eine Transparenzoffensive?

Das Neubauvorhaben der ILB, die Bürgerinitiativen und eine fehlende Registrierung

Durch Presseverlautbarungen ist bekannt, dass die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) an exponierter Stelle an der Babelsberger Straße die Errichtung eines neuen repräsentativen als auch funktionalen Verwaltungsgebäudes vorsieht. Die Planungen erfolgen vor dem Hintergrund, dass der Leasingvertrag für das derzeitige in der Steinstraße genutzte Gebäude im Jahre 2016 endet. Planungsgrundlage ist ein zu ändernder Bebauungsplan. Das neue Gebäude soll sich in das Stadtgefüge integrieren und nicht nur deshalb hat die ILB einen europaweiten Architekturwettbewerb ausgelobt, dessen Teilnahmebekundungsverfahren am 05. Januar 2012 um 18:00 Uhr endete.

Rechtzeitig vor dessen Ablauf war die Bürgerinitiative (BI) Pro-Brauhausberg zu einem Informationstermin am 05. Januar um 17:00 Uhr eingeladen, zu dem sie ihre Landschaftsarchitektin Hiltrud Berndt und ihren Stadtplaner und Architekten Steffen Pfrogner ent-

sandte. Vermutet hatten wir etwa 50 bis 100 Personen aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Am Eingang begegneten uns Vertreter vom Verein Mitteschön. Die Rezeption wies uns sogleich in die Vorstandsetage. Dort angekommen waren wir überrascht: Ein Tisch mit links und rechts acht Sitzen nebst Namensschildern. Mitteschön mit sechs und Pro-Brauhausberg mit zwei Vertretern nahmen gegenüber dem kompletten dreiköpfigen Vorstand der ILB nebst zweier Referenten Platz. Es folgte eine umfängliche Vorstellung der Förderbank, ihrer Verantwortlichen und des Vorhabens samt Architektenwettbewerb.

Pro-Brauhausberg machte keinen Hehl daraus, dass die politische Standortentscheidung als getroffen hinzunehmen sei. Jedoch die Diskussion aus dem Stadtentwicklungsausschuss noch in Erinnerung, warb ich mit Hiltrud Berndt für die Integration des jüngst diskutierten Fahrradparkhauses in die geplante Baumasse, was auch

im Architektenwettbewerb untersucht werden könnte. Leider erhielten wir diesbezüglich von der ILB eine konsequente Ablehnung. Auch das nahmen wir dann als entschieden hin, da die Auslobung des Wettbewerbs bereits begonnen hatte. Diesen jedoch begrüßten wir, da damit seit langer Zeit in Potsdam die Wettbewerbskultur wieder belebt werden kann. Obwohl die Teilnahmebedingungen sehr niedrigschwellig angelegt sind - der Nachweis der Berechtigung der Berufsbezeichnung „Architekt“ und einer (!) erbrachten Planungsleistung, ein Einfamilienhaus würde ausreichen - sind bei den von der Ausloberin gesetzten sieben Architekturbüros wieder keine brandenburgischen mit dabei. Deutliche Kritik muss auch daran geübt werden, dass die ILB den Architektenwettbewerb trotz mehrfacher Nachfrage seitens der Brandenburgischen Architektenkammer nicht wie vorgesehen, registriert hat. Somit konnte die Kammer diesen auch

nicht auf ihrer Internetseite den Architekten zugänglich machen. Es blieb nur das Europäische Amtsblatt, das jeder Haushalt abonniert haben müsste, oder?

Seitens Mitteschön erfolgte dann ein Appell, die Potsdamer Bautradition aufzugreifen und darauf hinzuwirken, dass Materialität, Fensterformate und das aus der Historie überlieferte Satteldach als Vorgaben für den Wettbewerb aufzunehmen seien. Stopp kam dann aus Richtung Pro-Brauhausberg. Keine subjektive Gestaltdiskussion! Der Architektenwettbewerb sei ein ernst zu nehmender Vorgang der Ideenfindung durch diejenigen, die das erlernt haben, die dazu befähigt sind. Lassen wir uns die Ergebnisse vorlegen und geben wir dann unser persönliches ästhetisches Urteil ab. In diesem Sinne verabschiedete sich Pro-Brauhausberg von der ILB. Der begonnene Dialog soll aufrecht erhalten werden.

Steffen Pfrogner
BI Pro-Brauhausberg

Eine Stadt, in der wir alle leben können

Presseerklärung der „Heimkinder“ zur Wohnraumsituation in Potsdam

Seit Jahren sinkt die Zahl des Wohnungsleerstandes. Dieser beträgt aktuell lediglich 1,1 Prozent und der Großteil der Immobilien ist durch private Investoren aufgekauft worden, welche nach Belieben die Mieten und damit den Mietspiegel nach oben treiben. Die ProPotsdam als kommunales Wohnungsunternehmen steht diesen in nichts nach. Die wenigen leerstehenden Häuser werden als Spekulationsobjekte genutzt. Dies führt zu einem Verdrängungs- und Ausgrenzungsprozess der hier lebenden Menschen und folglich zu einem Bevölkerungsaustausch.

In der regierenden Stadtpolitik wird dieser stetigen und immer schneller voranschreitenden Entwicklung nahezu tatenlos zugesehen beziehungsweise wird diese sogar gefördert. Das Hauptaugenmerk liegt offenbar auf investitionsintensiven Prestigeobjekten und der Wiederherstellung eines preußischen Disneyland. Die soziale Komponente und die Verantwortung, welche Politiker auch gegenüber den einkommensschwächeren Bürger_innen haben, scheint außerhalb des Bewusstseins zu liegen. Anders sind die fehlenden Handlungen und dreisten Äußerungen einfach nicht mehr zu verstehen.

Und die Sozialbeigeordnete Elona Müller-Preinesberger stellt sich hin und reagiert nur konzept- und ideenlos in Bezug auf Themen wie Wohnungsnotstand und steigende Mieten, die viele Menschen in dieser Stadt betreffen, und schiebt im Zweifel die Verantwortung auf die städtischen Unternehmen wie die ProPotsdam ab. Ihre leeren Worthülsen unterstreicht sie mit Polemik, wonach Betroffene doch auch „die Stadt verlassen und nach Brandenburg/Havel ziehen“ könnten.

Aufgrund der oben genannten Zustände haben wir das Haus in der Stiftstraße 5 (Foto) besetzt. Wir wollen uns mit der Aktion Gehör verschaffen und Schwung in eine Problematik bringen, bei welcher der Höhepunkt nahezu erreicht ist und viele Menschen zwangsweise umsiedeln mussten, da sie für die Miete nicht mehr aufkommen konnten. Der Umgang mit diesem Haus fügt sich ideal in die beschriebene Situation ein. Das Haus versinnbildlicht die Verwertungslogik, mit der in dieser Stadt mit Immobilien umgegangen wird. Das Gebäude stand über Jahre leer, wurde beheizt, es wurde ein soziales Projekt für an Demenz erkrankte Menschen darin geplant. Die Planungen scheiterten an den nicht zu deckenden Kosten. Nun ist das Haus an einen Unternehmer



verschachert worden, welcher Mietwohnungen, aller Voraussicht nach im höheren Preissegment, installieren will.

Überall geht man „zur Kasse“

Verdrängungsmechanismen setzen neben der Privatisierung vieler Wohnhäuser aber auch bei alternativen Haus- und Kulturprojekten an, da sie anscheinend nicht ins Stadtbild passen. Nicht anders sind die Pachtzinserhöhungen in Höhe von 16 % durch die ProPotsdam für die Zeppel-

linstraße 25 und 26, die Hermann-Elflein-Straße, die Friedrich-Ebert-Straße und die Pasteurstraße zu erklären. Dass die Bewohner_innen einen erheblichen Aufwand betreiben, um die Häuser bewohnbar zu gestalten, um die Sanierungsaufgaben zu erfüllen und dass dies einen massiven finanziellen Druck darstellt, wird nicht erwähnt. Die ProPotsdam sieht sich entgegen ihrer kommunalen Verantwortung der Steigerung der Gewinne verpflichtet, obwohl die Pachtzinserhöhungen laut ihrer Aussage nicht notwendig sind, sondern es sich dabei um eine politische Entscheidung handelt. Scheinbar sollen sich die zu zahlenden Pachten dem Potsdamer Mietspiegel anpassen.

Ebenso kämpft die WagenHausBurg auf Hermannswerder ums Überleben, da anstelle dieser alternativen Form des Zusammenlebens eine luxuriöse

Wohnanlage entstehen soll. Der Erlös, den sich die Stadt durch den Verkauf des Geländes verspricht, scheint enorm.

Scheinbar soll an allen Stellen mehr Geld mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen gemacht werden. Dieses Geld kann dann wieder in den Aufbau von zusätzlichem Preußen-Kitsch in der Innenstadt genutzt werden. In dieses Bild passt auch die freche Abrechnung, die das besetzte Kulturpro-

jekt LaDatscha vom Kommunalen Immobilienservice (KIS) bekommen hat, die in keiner Form der tatsächlichen Sachlage entsprechen kann.

Demonstration gewaltsam gestoppt

Dass es genügend Leute gibt, die von diesen Problematiken betroffen sind, zeigen nicht nur die vielen Unterstützer_innen, die wir bei der Besetzung hatten, sondern auch die vielen Leute, die an der Demonstration durch die Innenstadt am Abend des 28.12.2011 teilnahmen. Nachdem am Luisenplatz bereits ein Großaufgebot der Polizei auf die Teilnehmer_innen wartete, gab es Versuche diese anzumelden. Dies scheiterte aber an den schikanösen Auflagen der Polizei. Dass diese Bedingungen völlig überzogen waren, wurde später durch den Einsatzleiter, der erst viel später auftauchte, aufgeklärt. Dennoch setzte sich der Protestzug in Bewegung und zog lautstark flexibel durch die Stadt und informierte dabei die anwesende Bevölkerung. Ohne Vorwarnung wurde die Demonstration gewaltsam gestoppt und das Gros der Teilnehmer_innen in der Dortustraße/Ecke Spornstraße in einen Polizeikessel gedrängt. Währenddessen kam es zu rabiatischen Übergriffen seitens der Polizei und trotz des wiederholten Versuchs die Aktion anzumelden, wurden die Personen im Kessel einzeln herausgezogen, illegalerweise abgefilmt und Personalien aufgenommen. Die Versammlung wurde während der gesamten Zeit durch die Polizei nicht als beendet erklärt, geschweige denn, verboten.

Dass es kein Konzept der Rathauskooperation zur Lösung dieses akuten Wohnungsnotstandes gibt, Gespräche ins Leere laufen und die Politik versucht mit Hilfe eines massiven Polizeieinsatzes die Menschen in dieser Stadt einzuschüchtern und ihrer freien Meinung zu berauben, haben uns die letzten Tage gezeigt.

Solange sich an dieser Einstellung nichts ändert, werden wir weiter für die Durchsetzung unserer Forderungen kämpfen.

Wir haben ein Recht auf das Leben in dieser Stadt!

Wir nehmen uns dieses Recht! Nehmt die Pachtzinserhöhung für die Hausprojekte endlich zurück!

Sagt endlich den Erhalt aller bestehenden Haus-, Wohn- und Kulturprojekte zu!

Duldet LaDatscha öffentlich und zieht die überzogene Rechnung endlich zurück!

Wir fordern eine Stadt, in der wir alle leben können!

Die „Heimkinder Potsdam“

Zu Potsdam unter den Eichen

Text: Bertolt Brecht
Musik: Kurt Weill

1927
Zu Potsdam unter den Eichen
im hellen Mittag ein Zug:
vorn eine Trommel und hinten ein Fahn
in der Mitte ein Sarg man trug.

Zu Potsdam unter den Eichen
durch den hundertjährigen Staub,
da trugen sechs einen Sarg
mit Helm und Eichenlaub

Und auf dem Sarg mit Mennigerot
da war gemalt ein Reim;
die Buchstaben sahen häßlich aus:
„Jedem Krieger sein Heim“

Das war zum Angedenken
an manchen toten Mann
geboren in der Heimat
gestorben am Chemin de Dames.

Gekrochen einst mit Herz und Hand
dem Vaterland auf den Leim
Belohnt mit dem Sarge vom Vaterland
„Jedem Krieger sein Heim“.

So zogen sie durch Potsdam
für den Mann am Chemin de Dames,
da kam die preußische Polizei
und haute sie zusamm!

„Wir bleiben Alle“

Hinsichtlich der Demonstration vom 28.12.2011 in der Innenstadt Potsdams sieht der Archiv e.V. den Grund für die unnötige Eskalation im übertriebenen repressiven Verhalten der Polizeieinsatzkräfte vor Ort. Sowohl die Berichterstattung als auch die Kommentare und Bewertungen lassen eine ausgewogene und sachliche Darstellung sowie Diskussion der Ereignisse vermissen. Das Verhalten der Demonstrierenden wird einseitig als inakzeptabel und illegitim dargestellt, während das nachweislich provokante und gewaltbereite Agieren der Polizei bisher weder eingestanden noch erörtert und somit unhinterfragt legitimiert wird. So ist es für den Verein in keiner Weise nachvollziehbar, wie viele PolitikerInnen den Sachverhalt allein auf die Sicht der Polizei reduzieren und dabei in unzulässiger Weise das auf Eskalation ausgelegte Verhalten vieler Beamter vor Ort vollkommen verschweigen. Dies ist einmal mehr eine rechtspopulistisch geprägte PR-Kampagne gegen linke Aktionsformen. Diese PR-Kampagne darf aber nicht die Diskussion um das eigentliche Problem überlagern: Die Stadt Potsdam muss der sich beschleunigenden Mietpreissteigerung und der damit einhergehenden Verdrängung von Menschen konsequent entgegenwirken!

Wir bleiben alle, Archiv e.V.

Vor sozialen Unruhen gewarnt

Verhärtete Armut – Paritätischer Wohlfahrtsverband legte Armutsbericht 2011 vor

Wie viel Armut gibt es in Deutschland?

Mecklenburg-Vorpommern: 22,4 Prozent.

Bremen: 21,1 Prozent.

Sachsen-Anhalt: 19,8 Prozent.

Sachsen: 19,4 Prozent.

Berlin: 19,2 Prozent.

Thüringen: 17,6 Prozent.

Brandenburg: 16,3 Prozent.

Nordrhein-Westfalen: 15,4 Prozent.

Niedersachsen: 15,3 Prozent.

Rheinland-Pfalz: 14,8 Prozent.

Saarland: 14,3 Prozent.

Schleswig-Holstein: 13,8 Prozent.

Hamburg: 13,3 Prozent.

Hessen: 12,1 Prozent.

Baden-Württemberg: 11 Prozent.

Bayern: 10,8 Prozent.

Vor einer Verfestigung der Armut auf Rekordniveau warnte der Paritätische Wohlfahrtsverband anlässlich der Veröffentlichung seines Armutsberichtes 2011 im Dezember. Scharfe Kritik übte der Verband an der Sozialpolitik der Bundesregierung. Er forderte die Bundesregierung zu einer rigorosen arbeitspolitischen Kehrtwende auf. Rund 12 Millionen Menschen sind laut Paritätischem Armutsbericht in Deutschland armutsgefährdet – 14,5 Prozent der Bevölkerung. Alarmierend sei, dass auch in Jahren mit starkem Wirtschaftswachstum wie 2006, 2007 oder 2010 die Armut nicht zurückgegangen sei. „Es handelt sich um eine Verhärtung der Armut auf sehr hohem Niveau“, stellte Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider fest. „Wo die Wirtschaft nicht für sozialen Ausgleich sorgt, ist die Politik gefordert.“ Nach der Studie, die den Zeitraum 2005 bis 2010 umfasst, zeigen insbesondere die Bundesländer Berlin und Nordrhein-Westfalen einen deutlichen Negativtrend. Besonders besorgniserregend sei die negative Entwicklung im Ruhrgebiet. Sehr hohe Armutsquoten mit seit Jahren steigender Tendenz

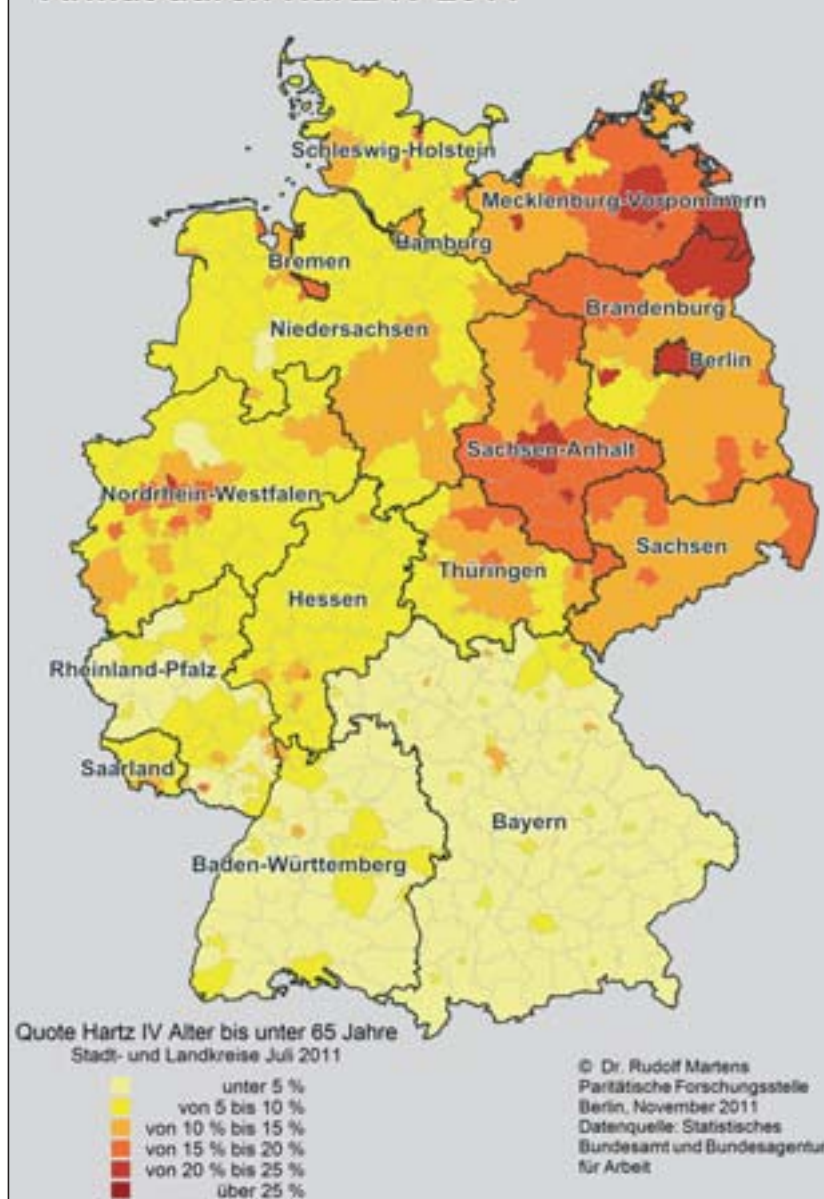
im größten Ballungsgebiet Deutschlands müssten in der Politik sämtliche Alarmglocken läuten lassen. „Wenn dieser Kessel mit fünf Millionen Menschen einmal zu kochen anfängt, dürfte es schwer fallen, ihn wieder abzukühlen“, warnte Schneider.

Wo fängt Armut an?

Bei der Berechnung der „relativen Armutsquoten“ werden, wie mittlerweile in der EU üblich, Personen in Haushalten gezählt, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen (Median) bedarfsgewichteten Einkommens in Deutschland liegt. Es wird in diesen Fällen von Armutsnähe oder Armutsgefährdung gesprochen.

2010 lag diese quasi-amtliche Armutsgefährdungsschwelle für einen Single-Haushalt bei 826 Euro, für Familien mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren lag sie bei 1.735 Euro. Die 60-Prozent-Grenze liegt damit für den Alleinlebendenhaushalt

Armut durch Hartz IV 2011



noch relativ deutlich über der durchschnittlichen Hartz-IV-Bedarfsschwelle von 701 Euro, bei der angesprochenen Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren betrug die Differenz jedoch nur noch 39 Euro, so dass praktisch nicht mehr von „Armutsgefährdung“ sondern bereits von Armut gesprochen werden muss.

Regionale Zerrissenheit

So wie die Aussagekraft der gesamtdeutschen Betrachtung mit Blick auf die Länder mit Armutsgefährdungsquoten von 10,8 Prozent in Bayern bis 22,4 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern deutlich relativiert wird, suggeriert auch der Ländervergleich eine Homogenität, die in den Regionen nicht mehr gegeben ist – weder im Status Quo, noch in der Entwicklung. Bei den Raumordnungsregionen reicht die Spanne in Ostdeutschland mittlerweile von 12,2 Prozent im Brandenburgischen Havelland-Fläming bis zu 24,6 Prozent in Vorpommern. Die Spanne

in Westdeutschland reicht von 7,5 Prozent im bayrischen Oberland bis zu 19,7 Prozent in der Region Dortmund.

Statt eines „sauberen Ost-West-Schnitts“ erscheint Deutschland mehr und mehr als arbeitspolitischer Flickenteppich. Von der Stadt Hannover (21,3 Prozent) über das Land Bremen (21,1 Prozent) bis zur Region Dortmund (19,7 Prozent) stoßen wir auf Armutsgefährdungsquoten, die deutlich über dem ostdeutschen Durchschnitt liegen, während umgekehrt Regionen wie Südthüringen mit 14,4 Prozent oder das Brandenburgische Havelland-Fläming mit 12,2 Prozent sogar unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt liegen.

Noch schärfer zeigt sich das Bild regionaler Zerrissenheit bei der Hartz-IV-Betroffenheit. Selbst hinter einem bayrischen Landesdurchschnitt von 4,4 Prozent verbergen sich Problemregionen wie Hof mit 13,3 Prozent, Weiden in der Oberpfalz mit 12,7 Prozent oder Schweinfurt mit 12,3 Prozent, al-

lesamt also mit einer Hartz-IV-Betroffenheit, die deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 9,8 Prozent liegt. Auf der anderen Seite finden wir in den ostdeutschen Ländern mit sehr hohen Hartz-IV-Anteilen Regionen wie das thüringische Eichsfeld und den Wartburgkreis und den brandenburgischen Kreis Potsdam Mittelmark mit einer Hartz-IV-Quote von nur 7 bis 7,5 Prozent.

Arbeitspolitische Kehrtwende nötig

Der Paritätische Wohlfahrtsverband forderte von der Bundesregierung eine arbeitspolitische Kehrtwende. Wer die Armut glaubhaft bekämpfen wolle, müsse die Regelsätze in Hartz IV erhöhen, den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor ausbauen, die Bildungschancen benachteiligter Kinder und Jugendlicher sichern und der drohenden Altersarmut vorbeugen. Zur Finanzierung dieser Reformen dürfe die Regierung nicht länger vor der Verteilungsfrage zurückschrecken. „Es wird Zeit, nicht nur die Armut sondern auch den Reichtum in Deutschland zu enttabuisieren“, so Schneider. Der Verband forderte

eine deutlich stärkere Besteuerung von großen Erbschaften, Vermögen sowie hohen Einkommen. Die jährlichen Sozialausgaben müssten um 20 Milliarden Euro angehoben werden, unter anderem für höhere Hartz-IV-Sätze. „Wir kommen angesichts der sozialen und gesellschaftlichen Herausforderungen, vor denen wir stehen, nicht darum herum, die sehr Vermögenden zur Finanzierung der Lasten stärker als bisher heranzuziehen.“

Die Halbzeitbilanz der Bundesregierung fällt nach Einschätzung des Paritätischen Gesamtverbands hingegen ernüchternd aus. Die Anhebung des Kinderfreibetrags und die gleichzeitige Streichung des Elterngelds für Hartz-IV-Empfänger seien eine familienpolitische Umverteilung von unten nach oben, kritisierte Schneider. Auch beim Wohngeld und beim öffentlichen Beschäftigungssektor sei gekürzt worden – so werde die Armut-Problematik jedoch eher verschärft als gelöst.

Aller guten Dinge sind drei!

BLOCK DRESDEN 2012 – Blockieren, bis der Naziaufmarsch Geschichte ist

In den vergangenen zwei Jahren ist uns etwas gelungen, das viele für unmöglich gehalten hatten: Wir haben den Naziaufmarsch in Dresden erfolgreich blockiert. Tausende Nazis konnten ihr eigentliches Ziel, mit einer Großdemonstration ihre menschenverachtende Ideologie zur Schau zu stellen, nicht erreichen.

Mit dem Aufmarsch im Februar versuchten sie in den vergangenen Jahren, an das Gedenken an die Bombardierungen Dresdens im Februar 1945 und den damit einhergehenden Mythos der „unschuldigen Stadt Dresden“ anzuknüpfen. Auch durch Ignorieren und Wegschauen seitens der Stadtverwaltung und eine mangelnde Entschlossenheit großer Teile der Dresdner Zivilgesellschaft konnte dieser Termin zu Europas größtem Naziaufmarsch mit bis zu 7000 Teilnehmenden werden. Doch die Dynamik der Aufmärsche ist gebrochen. Zu verdanken ist dies insbesondere dem entschlossenen Handeln von zwölftausend (2010) und zwanzigtausend Menschen (2011), die mit Massenblockaden den Marsch der Nazis verhinderten.

Wir wenden uns gegen jede

Form von Geschichtsrevisionismus. Alten und neuen Nazis darf keine Gelegenheit gegeben werden, die deutsche Geschichte zu verklären und die NS-Verbrechen zu verherrlichen. Daher werden wir am 13. Februar 2012 den „Täterspuren“-Mahngang durchführen, um an die NS-Geschichte in Dresden zu erinnern.

„Sagen, was man tut, und tun, was man sagt“ – durch dieses Motto war unser Handeln der letzten Jahre geprägt. Dabei bleibt es! Uns eint das Ziel, den Naziaufmarsch durch Massenblockaden zu verhindern. Unser Ziel ist dabei nicht die Auseinandersetzung mit der Polizei. Wir sind entschlossen, den Naziaufmarsch zu blockieren – von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen. Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern.

„Unsere Vielfalt ist unsere Stärke“ – das war unser Credo der letzten Jahre. Dabei bleibt es! Mit einem breiten Bündnis aus Antifagruppen, lokalen Initiativen und Aktionsgruppen, Gewerkschaften, Parteien und Jugendverbänden, religiösen Gruppen sowie zahlreichen weiteren Organisationen und

Einzelpersonen haben wir deutlich gemacht: Blockaden sind legitim, und Dresden geht uns alle an!

AntifaschistInnen wurden in den letzten Monaten vermehrt mit staatlichen Repressionen überzogen. Rechtswidrige Funkzellenabfragen, politisch motivierte Strafverfahren, selbst Immunitätsaufhebungen werden uns nicht einschüchtern. Versuchen von außen, uns mittels der Extremismustheorie zu spalten, setzen wir unsere Solidarität entgegen. Wir lassen uns nicht spalten. Ziviler Ungehorsam ist unser Recht, unsere Blockaden sind legitim!

Lassen wir uns nicht einschüchtern! Wir protestieren im Februar in Dresden auch gegen die staatliche Aushöhlung des Versammlungsrechts und einen Schnüffelstaat. In Dresden soll bewusst das Rechtsordnungsprinzip der Verhältnismäßigkeit verschoben werden, um einen „gläsernen Demonstranten“ zu schaffen. Wir treten dem entschieden entgegen. Dabei stehen wir zusammen gegen alle Versuche der Einschüchterung und der Beschneidung unserer Bürgerrechte.

Auch 2012 werden wir den Naziaufmarsch in Dresden blockieren.



Die Mordserie der in Sachsen untergetauchten Nazis zeigt einmal mehr, wie wichtig entschlossenes antifaschistisches Handeln ist. Antifaschistisches Engagement darf nicht kriminalisiert, sondern muss unterstützt werden. Jahrelang sind Anschläge, Nazigewalt und Waffenfunde in der Naziszene bagatellisiert worden. Schluss damit!

Wir geben den Nazis keinen Meter Straße preis. Wir blockieren sie in Dresden: bunt und lautstark, kreativ und entschlossen!

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Dresdner Richter hält Nazis für „schützenswert“

Im Prozess gegen den Blockierer nach §21 Versammlungsgesetz, der im Dezember 2011 mit einer Verurteilung zu einer Geldstrafe sein Ende fand, betonte der Richter, dass Nazis, auf Grund ihres Minderheitenstatus einen besonderen Schutz genießen würden. Wenn sie eine angemeldete Demonstration durchführen wollen wäre das zu akzeptieren.

Für uns steht dagegen fest: Wir müssen das Möglichste tun, um die Verbreitung der menschenverachtenden Ideologie der Neonazis zu verhindern, die in den Morden der NSU lediglich ihre Erfüllung fand.

Besondere Brisanz bekommt die Argumentation von „Nazis als schützenswerter Minderheit“, wenn man bedenkt, dass die drei Nazi-Terroristen Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt jahrelang am größten Naziaufmarsch Europas teilgenommen hatten. Angesichts der Tatsache, dass der Naziaufmarsch in Dresden Mittel der Selbstvergewisserung der gewaltbereiten Neonaziszene ist, ist die Aussage des Richters blanker Hohn. Gleichzeitig zum Schutz der „Minderheitenrechte“ von Nazis werden gesellschaftliche Minderheiten, die tatsächlich von Nazigewalt bedroht sind, häufig alleingelassen.

Zuletzt zeigte sich dies wieder mal an der Weigerung der Staatsregierung, einen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der durch das Terrortrio begangenen Morde einzusetzen.

Der Untätigkeit der „Sächsischen Demokratie“ setzen wir Taten entgegen.



Bunt und lautstark – das war auch Dresden 2011

Erschreckende Statistik

Chronik neonazistischer Aktivitäten in Potsdam und Umgebung für Juli bis Dezember 2011 veröffentlicht

Am 7. Januar veröffentlichte das Antifaschistische Pressearchiv Potsdam (APAP) eine Chronik über neonazistische Aktivitäten in Potsdam und Umgebung für die Monate Juli bis Dezember 2011. Diese Bestandsaufnahme knüpft an ebensolche Publikationen des APAP an, die der aktuellen Chronik vorausgegangen sind.

Dabei wird aufgezeigt, dass auch in diesem Zeitraum die Potsdamer Neonazis keineswegs untätig waren. Die Quantität sowie die Qualität der

Aktivitäten ist noch immer erschreckend.

Seit geraumer Zeit machen Antifaschist_innen darauf aufmerksam, dass in Potsdam vermehrt Bedrohungen, Einschüchterungen und gewalttätige Übergriffe durch Neonazis stattfinden. Diese Tendenzen und Angaben können auch für die zweite Jahreshälfte bestätigt werden. Gleich mehrere solcher Taten ereigneten sich in den vergangenen Monaten. Dabei fällt auf, dass Neonazis sich allem Anschein nach zunehmend si-

cher fühlen und selbstbewusst in Potsdam agieren.

Die Diskrepanz zwischen den vom APAP dokumentierten Taten und der von der Polizei angegebenen Statistik zu Aktivitäten von Potsdamer Neonazis wird auch in dieser Chronik deutlich. Dies liegt unter anderem darin begründet, dass Betroffene von neonazistischer Gewalt selten den Weg der Anzeige bei der Polizei suchen. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Der oft sehr unsensible Umgang seitens der Polizei mit den von

Gewalt betroffenen Personen, die geringe Aufklärungsquote und Furcht vor weiteren Übergriffen auf Grund der preisgegebenen persönlichen Daten für ein Ermittlungsverfahren sind nur einige davon.

Die Chronik ist auf <http://apap.blogspot.eu/2012/01/07/chronik-neonazistischer-aktivitaeten-in-potsdam-und-umgebung-fur-den-zeitraum-juli-bis-dezember-2011/> abrufbar.

apap.blogspot.eu

Sudoku

	3					8		
7	4		2					
9			6	3				
	6	3	1	9			2	
2			3		5			6
	9			7	2	5	1	
			4	8				5
				1		3		2
	5						6	

Auflösung Januar

3	6	9	8	1	7	4	2	5
4	5	7	2	3	6	8	1	9
1	8	2	4	5	9	6	3	7
8	4	5	3	7	2	1	9	6
6	9	3	5	8	1	2	7	4
7	2	1	9	6	4	5	8	3
5	7	8	6	2	3	9	4	1
9	3	6	1	4	8	7	5	2
2	1	4	7	9	5	3	6	8

Ausschreibung des Clara-Zetkin-Preises

DIE LINKE lobt anlässlich des Internationalen Frauentages 2012 zum zweiten Mal einen Preis aus, mit dem herausragende Leistungen von Frauen in Gesellschaft und Politik gewürdigt werden.

Im Sinne Clara Zetkins würdigt DIE LINKE mit dem nach ihr benannten Preis jährlich ein Projekt/ eine Initiative, das die Lebensbedingungen von Frauen verbessert, die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft befördert oder anderen Frauen auf ihrem Lebensweg ein Vorbild, eine Anregerin geworden ist.

Die Verleihung eines Frauenpreises soll die Beachtung für das eigensinnige und uneigennützig Engagement von Frauen in der Öffentlichkeit erhöhen und ermutigen, die eigenen Fähigkeiten und Kräfte für eine gerechtere Gesellschaft einzusetzen. Ob als Nobelpreisträgerinnen oder Krankenschwestern, als Musikerinnen oder in prekären Jobs, ob in der Pflege, im Ehrenamt, im sozialen Umfeld – Frauen leisten Tag für Tag Großartiges für ein solidarisches, lebendiges und kreatives Gemeinwesen. Anerkennung und öffentliche Debatte dafür bleiben noch zu oft auf der Strecke. Der Clara-Zetkin-Preis wird auf diese Lücke verwei-



Preisträgerin 2011: Florence Hervé – freie Journalistin, Autorin, Publizistin und Dozentin an mehreren Universitäten. Seit vielen Jahren engagiert sie sich in der nationalen und internationalen Frauenbewegung und ist Mitherausgeberin des Magazins WIR FRAUEN. Mehr Informationen über sie unter: www.florence-herve.com

sen und Anregung sein, mehr Erfolge in den Frauenkämpfen durchzusetzen. Gleichzeitig geht es mit dem Clara-Zetkin-Preis auch darum, den Internationalen Frauentag, der immer mehr als politischer Tag in Vergessenheit gerät, ins öffentliche Bewusstsein zurückzuholen.

Wer kann sich bewerben?

Der Preis wird in einer Kategorie

vergeben. Es soll ein aktuelles Projekt oder eine Initiative ausgezeichnet werden.

Es können sich Initiativen oder Projekte für den Frauenpreis selbst bewerben oder von Parteimitgliedern der LINKEN vorgeschlagen werden, die im Sinne folgender Inhalte und Kriterien wirken:

- Engagement / Arbeit für Frauen oder die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft,

hier auch besonders in Politik, Wissenschaft, Kultur und Kunst

- Projekte, die mit ihrem kulturellen oder künstlerischen Schaffen eine solidarische und gerechtere Gesellschaft befördern sowie anderen Frauen als Vorbild dienen.

- Einsenden an den Parteivorstand der Partei Die LINKE bis zum 20. Februar 2012 an: DIE LINKE, Kleine-Alexanderstr. 28, 10178 Berlin **Der Preis beträgt 3000 Euro.**

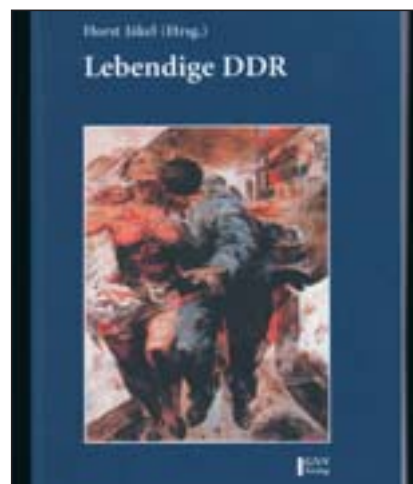
Sie haben in der Deutschen Demokratischen Republik gelebt, für sie gearbeitet, sie weltweit vertreten. Die rund 70 Autoren dieses Buches wissen von den Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus, freuten sich über Erfolge und haben Fehler und Schwächen schmerzlich empfunden. Ihnen geht es „weder um Verherrlichung noch um Verdammung, sondern um die geschichtliche Wahrheit“.

Mit ihren – sehr verschiedenartigen – Texten verdeutlichen die Schreiber, dass sie der Schublade entgehen wollen, in die selbstbewusste, auf ihre Biografie nicht verzichten wollende Bürger der DDR von zeitgeistigen „Historikern“, Politikern, Medien versenkt werden sollen.

Lebendige DDR

„Da waren keine „Nur-Guten“ und keine „Nur-Bösen“. Es waren da Menschen, die alle das gemeinsame Ziel hatten. Sie waren alle in einem gesellschaftlichen Gefüge, das neue Wege ging, die noch keiner in Deutschland gegangen war, in einem Gefüge, das angefeindet wurde und sich wehren musste, das behindert wurde und sich bescheiden musste, das seinen trotzigsten Stolz selbst dort zu zeigen wünschte, wo „kleinere Brötchen“ gebacken werden mussten.“

„Halten wir unsere DDR-Geschichte lebendig und erlauben wir keinem, sie unter



Kübeln von Unwahrheiten zu beerdigen! Das ist kein Verdrängen, und unsere eigenen Fehler sehen wir keinesfalls mit der rosa-roten Brille. Geschehenes Unrecht verteilen die Menschen ohne Zaudern. Sie wollen es aber nicht täglich aufs Brot geschmiert bekommen, denn unsere Geschichte war mehr, viel mehr. Sie dazustellen ist wichtig, damit sie nicht verdrängt wird.“

Viele Fotos, Dokumente und Grafiken bekräftigen die textlichen Aussagen.

Lebendige DDR – GNN Verlag
ISBN 978-3-89819-368-9
Preis: 19,50 Euro

tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine

Donnerstag, 03.02.2012, 08.00 – 12.00 Uhr:
Ausgabe: Rathausreport Nr. 1/2012, Stadthaus, Raum 3.107, Friedrich-Ebert-Straße 79/81

Donnerstag, 03.02.2012:
Info-Stände in den Stadtteilen: 14.30 Uhr Kepler-Platz / Am Stern, 15.30 Uhr Havel-Nuthe-Center / Stadtteil Drewitz, 16.00 Uhr TRAM-Haltestelle Fr.-Wolf-Straße / Waldstadt II.

Freitag, 04.02.2012:
Info-Stände in den Stadtteilen: 10.00 Uhr Weberplatz / Stadtteil Babelsberg, 10.30 Uhr Kaiser's / Stadtteil Kirchsteigfeld.

Montag, 06.02.2012, 14.30 Uhr:
„Eine Kreuzfahrt nach Südamerika“, Teil 2 *

Sonabend, 11.02.2012:
Experten in eigener Sache (Buchpremiere) - Wie Brandenburger Bürger den demografischen Wandel gestalten - Veranstalter: Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung Veranstaltungsort: Haus 17, Heinrich-Mann-Allee 107 14473 Potsdam

Montag, 13.02.2012, 14.30 Uhr:
„Irland – die grüne Insel“ Teil 2: die Westküste hinauf mit Gerald Meister und Ingrid Püschel. *

Dienstag, 14.02.2012, 14.30 Uhr:
„Spiel mir eine alte Melodie ...“ Jeder Jahrgang hat seinen Wein und seine Lieder – die schönsten Schlager zum Raten und Wünschen mit Gerald Meister. *

Dienstag, 14.02.2012, 18.00 Uhr:
Lesung / Gespräch Buchhandlung Literaturladen Wist, Potsdam - In den Mühlen der Ebene. Unzeitgemäße Erinnerungen. Mit Dr. Dietmar Keller (Kulturminister der DDR in der Modrow-Regierung, früherer PDS-Bundestagsabgeordneter, Niederwiesa) **

Sonabend/Sonntag, 18./19.02.2012:
Landesparteitag DIE LINKE in Blossin

Montag, 20.02.2012, 14.00 Uhr:
„Musik am Rosenmontag – zum Hören, Mitsingen, Schunkeln und Tanzen“ mit Manfred Bischoff.*

Donnerstag, 23.02.2012, 18.00 Uhr:
„Der Aufstieg Preußens zur europäischen Großmacht. Mit Prof. Dr. Klaus Vetter, Moderation: Dr. D. Nakath (RLS). **

Sonabend, 25.02.2012:
Gute Arbeit – Gute Löhne – Gute Rente. Für eine armutsfeste, solidarische Rentenversicherung. Workshop mit Matthias W. Birkwald, MdB und rentenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. Haus Alleestraße 3.

Montag, 27.02.2012, 14.30 Uhr:
„Brügge, Gent, Antwerpen – Höhepunkte flämischer Kunst und Kultur“ – Diavortrag in Überblendtechnik mit Walter Heller. *

Dienstag, 28.02.2012, 14.30 Uhr:
Potsdamer Stadtgespräche – „Historisches und aktuelles“ mit Dr. Herbert Schlomm aus Zentrum-Ost.*

* Seniorentreff der Dahlweidstiftung, Edisonallee im Zentrum-Ost
** Rosa-Luxemburg-Stiftung Potsdam, Dorustraße 53

Kabarett- und Kleinkunstszene im STERN*Zeichen

Zünftig begann im Januar die Szene zum Jubeljahr von F II mit der Lesung von Peter Bodenstein und Andreas Richter. Weiter geht es dann im Februar mit den Bücherwürmern, die mit ihrem Wellnessprogramm wieder Platz im Kopf schaffen wollen.

Für jeden Freund der Szene ist der jeweils letzte Freitag im Monat, Beginn 19.00 Uhr, ein angenehmer Abend.

Dieter Scharlock